

## BULLETIN N°76 - September 2020

### GRUSSWORT DES VORSITZENDEN

Liebe Mitglieder,

ich freue mich, Ihnen das diesjährige dritte Mitteilungsblatt des Vereins der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments vorzustellen. Nach einem schwierigen Jahr der Erholung liegt der Schwerpunkt der Septemberausgabe auf der nächsten Generation, einer Generation, von der wir lernen können und die von uns lernen kann, damit wir gemeinsam ein besseres und stärkeres Europa für alle schaffen können. Diese nächste Generation und ihr EU-Haushalt, die Gleichstellung der Geschlechter, die Beschäftigung und die Jugendarmut werden im Abschnitt „Fokus“ weiter erörtert. Außerdem enthält diese Ausgabe vier von Mitgliedern des VEM verfasste Artikel über die EU nach dem Brexit, das Wahlrecht und mehr.

Nach der Sommerpause wird der VEM seine Tätigkeiten im Herbst mit einer Delegationsreise nach Slowenien fortsetzen, um mehr über den slowenischen Ratsvorsitz zu erfahren. Das Motto „Gemeinsam. Widerstandsfähig. Europa“ schafft hohe Erwartungen für eine gesteigerte Widerstandsfähigkeit der EU in Bereichen wie Gesundheit, Wirtschaft, Energie, Klima und der Cyberkrise. Ich freue mich auf einen Meinungs austausch über die zentralen Themen auf der politischen Agenda der EU.

Die diesjährige fünfte Veranstaltung „Librorum“ findet am 20. Oktober 2021 statt. Bei einer von Brigitte Langenhagen eröffneten Diskussion unter dem Vorsitz von Michael Hindley, beide Vorstandsmitglieder des VEM, wird *Start Up Europe*, ein Buch von Zofija Mazej Kukovič, vorgestellt. Das Buch könnte für ehemalige und derzeitige Mitglieder des Europäischen Parlaments von Belang sein, die sich für die von Frau Kukovič angesprochenen Themen interessieren: Gesundheit, Wissenschaft, Umwelt, Gleichstellung der Geschlechter und Entwicklung.

Im November werde ich eine Delegationsreise des VEM nach Moldau leiten. Weitere Informationen werden in Kürze per E-Mail und auf der Website des VEM zur Verfügung gestellt. Wir werden dieses Jahr der Feierlichkeiten mit einer zweitägigen Veranstaltung im Europäischen Parlament und im Haus der Europäischen Geschichte beenden, sofern die COVID-19-Situation dies zulässt. Am ersten Tag, dem 7. Dezember 2021, sind Sie herzlich eingeladen, mit Mariya Gabriel, für Innovation, Forschung, Kultur, Bildung und Jugend zuständiges Mitglied der Kommission, Federica Mogherini, Rektorin des College of Europe, und namhaften Professoren den 15. Jahrestag des Programms „EP to Campus“ und anschließend die Abschlussfeier der Veranstaltungen zum 20. Jahrestag des VEM zu feiern.

Am 8. Dezember 2021 werden die Veranstaltungen des VEM für dieses Jahr mit der Veranstaltung „Gemeinsam für die Zukunft Europas“ abgeschlossen. Hierbei wird es um die EU-Strategie für den Übergang zu einer grünen Wirtschaft gehen. Organisiert wird sie in Zusammenarbeit mit den wichtigsten politischen Stiftungen Europas sowie mit Unterstützung durch das akademische Fachwissen des Europäischen Hochschulinstituts.

Zudem enthält diese Ausgabe Berichte über die jüngsten Tätigkeiten des VEM. Bisher wurden dieses Jahr fast 40 Programme „EP to Campus“ durchgeführt, und dank Ihres Engagements und Ihres Einsatzes konnten wir die digitale Bildung in vollem Umfang nutzen und Studierende in der ganzen Welt virtuell über die Arbeitsweise des Parlaments und Themen wie den Brexit, den Grünen Deal der EU und den Verbraucherschutz unterrichten. Diese Ausgabe enthält außerdem einen Bericht über die virtuelle Reise einer VEM-Delegation nach Portugal am 24. und 25. Juni 2021 anlässlich des portugiesischen Ratsvorsitzes. Mit großer Freude haben wir eine Videobotschaft des portugiesischen Präsidenten Marcelo Rebelo de Sousa erhalten und sind mit Vertretern des Parlaments und der Regierung zusammengetroffen, um relevante und aktuelle politische, wirtschaftliche und soziale Fragen wie die wirtschaftliche Erholung von der COVID-19-Pandemie, soziale Inklusion, Migration, Gesundheit sowie den Übergang zur Nutzung digitaler Technologien und zu einer grünen Wirtschaft zu erörtern. Wir haben außerdem an einem interaktiven virtuellen Besuch des wissenschaftlichen Forschungszentrums Ciência Viva teilgenommen und sind mit Vertretern der Calouste-Gulbenkian-Stiftung zusammengetroffen, die erläutert haben, wie die Stiftung durch Kunst, Wohltätigkeit, Wissenschaft und Bildung zur Verbesserung der Lebensqualität der Menschen beiträgt.

Vielen Dank an alle, die zur September-Ausgabe und zum Erfolg der Tätigkeiten des VEM beigetragen haben.

Ich hoffe, dass wir in naher Zukunft wieder persönlich zusammentreffen können und dass ich Sie im Dezember alle zu den Veranstaltungen in Brüssel begrüßen kann.

Mit herzlichen Grüßen

**Hans-Gert Pöttering**

Vorsitzender des VEM

## CURRENT AFFAIRS

### DEN WEG ZU ECHTEN EUROPAAWAHLEN EBNEN

Das Parlament debattiert über die Reform des EU-Wahlrechts

Seit mehr als 40 Jahren gibt es Direktwahlen zum Europäischen Parlament, doch echte Europawahlen sind noch immer nicht in Sicht. Als der EU-Gipfel 1976 während der italienischen Ratspräsidentschaft die Direktwahl beschloss, wurden auch harmonisierte europäische Wahlverfahren versprochen. Der Wahlakt von 1978, der eher eine Ausnahme als die Regel darstellte, ermöglichte es, dass im folgenden Jahr die ersten Direktwahlen im Rahmen der nationalen Wahlsysteme stattfanden. Das hat Folgen bis heute. Noch immer gibt es 27 nationale Wahlkämpfe, 27 nationale Kandidatenlisten und unterschiedliche nationale Regeln für die Entsendung der Vertreter der EU-Bürger in das Europäische Parlament. Diese Situation hat einen hohen Preis. Oft geht es im Wahlkampf um kontroverse nationale Themen, Oppositions- und Regierungsparteien werden gegeneinander ausgespielt, es geht wenig um Europa, und der Wahlkampf kommt nicht von Herzen. Die Bürger betrachten die Wahlen zum Europäischen Parlament nicht als seriös und wichtig, sondern als zweitrangig.

Als Ko-Berichterstatterin mit Danuta Hübner in der letzten Legislaturperiode habe ich erlebt, dass das Parlament einige Erfolge, Verbesserungen und Neuerungen erzielt hat. Das neue Wahlgesetz fordert die Gleichstellung der Geschlechter bei der Zusammensetzung des gewählten Parlaments und sendet damit eine deutliche Botschaft an die politischen Parteien, eine ausgewogene Liste mit weiblichen und männlichen Kandidaten aufzustellen. Es gab jedoch keine Mehrheit für präzisere Regeln wie die Postleitzahlmethode. Wir haben uns um vernünftige Fristen für die Veröffentlichung des Wählerverzeichnisses und der Kandidatenlisten in den Mitgliedstaaten bemüht. Dies geschah zum Teil sehr kurz vor dem Wahltag. Unter diesen Bedingungen sind ernsthafte Debatten mit den EU-Bürgern über die unzähligen europäischen Themen nicht möglich. Wir haben aber auch erreicht, dass die Wahlen zum Europäischen Parlament inklusiver geworden sind. Das neue Wahlrecht erlaubt es EU-Bürgern, in Botschaften und Konsulaten in aller Welt zu wählen, wenn sie am Wahltag nicht zu Hause sein können. Die Briefwahl muss von nun an erlaubt sein. Die Mitgliedstaaten werden aufgefordert, sich auf die elektronische Stimmabgabe vorzubereiten, wie es Estland bereits tut. Auch die Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre sollte in Erwägung gezogen werden, wie es Österreich getan hat.

Die parlamentarische Demokratie braucht politische Parteien, die die verschiedenen Meinungen und Interessen der Bürger bei den Wahlen vertreten. Das neue Wahlgesetz soll die Rolle der europäischen politischen Parteien sichtbarer und relevanter machen. Die Logos dieser europäischen Parteien und Gruppierungen sollten auf Wahlkampfmaterial und

Stimmzetteln erscheinen. Den Bürgern könnte stärker bewusst gemacht werden, welchen Einfluss ihre Stimme auf die politische Ausrichtung des gewählten Parlaments haben kann. Keine dieser Verbesserungen dient jedoch dazu, das Grundproblem zu lösen: Die vermeintlichen Europawahlen bleiben rein nationale Wettbewerbe um die Verteilung der Mandate für das Europäische Parlament. Ich begrüße es daher sehr, dass sich das Parlament dafür einsetzt, bei den nächsten Wahlen 2024 einen echten Durchbruch für eine transnationale Komponente zu erreichen. Die Einführung eines EU-weiten Wahlkreises und europäischer Listen wäre in vielerlei Hinsicht ein Durchbruch. Die europäischen politischen Parteien könnten endlich ihre Rolle und ihren Zweck auf der politischen Bühne finden. Sie könnten eine transnationale Kandidatenliste aufstellen und mit der gesamten politischen Familie in der EU um die Macht im gewählten Europäischen Parlament konkurrieren. Dies würde eine viel lebendigere europäische politische Debatte anregen und eine viel größere europäische Öffentlichkeit fördern. Die Links-Rechts-Beratungen über die besten Konzepte und Ideen würden eine neue Dynamik erzeugen und einen breiteren Teil der Bevölkerung ansprechen.

Zu den europäischen Listen gehört auch die Idee der Spitzenkandidaten. Der erste Name auf der Liste ist der Kandidat der Fraktion für die Wahl des Kommissionspräsidenten. Die Medien würden die Profile und Programme der Spitzenkandidaten viel intensiver und weit vor dem Wahltag diskutieren. Es bietet sich nun die einmalige Gelegenheit, europäische Listen einzuführen. Durch den Brexit ist eine beträchtliche Anzahl von Sitzen unbesetzt geblieben. Kein Mitgliedstaat muss befürchten, auf einen Sitz im Europäischen Parlament zu verzichten. Ein intelligentes System sollte eine ausgewogene Vertretung von Kandidaten aus allen Ländern - großen und kleinen, alten und neuen - gewährleisten. Die EU-Bürger und die europäische Demokratie sind die Gewinner der Europäisierung dieser Wahlen. Die Bürger würden zwei Stimmen erhalten: eine für ihren nationalen Kandidaten und eine für ihre bevorzugte europäische Liste. Transnationale Debatten werden dazu beitragen, die besten Wege zur Verwirklichung des Gemeinwohls auf EU-Ebene zu finden. Ich hoffe sehr auf einen Durchbruch im Jahr 2022 - vielleicht eines der Ergebnisse der Konferenz über die Zukunft Europas.

***Jo Leinen***

S&D, Deutschland (1999-2019)

[jo@leinen.de](mailto:jo@leinen.de)

## **DIE ANTWORTEN DER EUROPÄISCHEN UNION IN EINER GLOBALISIERTEN WELT**

Im 21. Jahrhundert werden wir eine neue Welt haben, eine multipolare Welt, in der Europa, die Vereinigten Staaten und in gewissem Maße Japan (die Triade) weiterhin eine wichtige wirtschaftliche Rolle spielen werden, in der es aber auch andere wichtige Mächte geben wird, die BRIC-Staaten und andere Schwellenländer.

Das Wachstum dieser Volkswirtschaften, insbesondere das Wachstum Chinas, das zu Wettbewerbsschwierigkeiten in Europa führt, könnte natürlich zu einer protektionistischen Politik führen: eine Linie, die in den USA von Präsident Trump verfolgt und von einigen Politikern in Europa vorgeschlagen wird.

Aber die Europäische Union hat über Jahrzehnte hinweg eine Politik der Offenheit verfolgt, mit guten Ergebnissen. Wie zum Beispiel in der Strategie Europa 2020" anerkannt wird, ist die EU durch den Handel zu Wohlstand gekommen, indem sie in die ganze Welt exportiert und sowohl Vorleistungen als auch Fertigwaren importiert"; die Vorteile des Handels werden auch in anderen Dokumenten und Untersuchungen anerkannt.

Mit dieser Strategie spielt die EU eine wichtige Rolle für die Entwicklung anderer Länder, indem sie Exporte in unser Gebiet tätigt. Trotz der Herausforderungen der Offenheit weist die EU, insbesondere der Euroraum, bei der Leistungsbilanz den mit Abstand größten Überschuss der Welt auf. Und das trotz schwieriger Wettbewerbsbedingungen, z. B. hoher Arbeitskosten. Europa hat also die wichtige und erfolgreiche Aufgabe, zu zeigen, dass es möglich ist, auf Weltniveau zu konkurrieren und dabei schwierige, aber wichtige soziale Anforderungen zu erfüllen (was auf der jüngsten Ratstagung in Porto während des portugiesischen Ratsvorsitzes der Union hervorgehoben wurde).

Der Erfolg der Europäischen Union in einer offenen Welt hängt in hohem Maße von der Beschaffenheit ihres Marktes ab. Dies wurde auch in der Strategie Europa 2020 nachdrücklich betont, in der es heißt, dass "ein stärkerer, vertiefter und erweiterter Binnenmarkt für das Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen von entscheidender Bedeutung ist"; und in ganz aktuellen Dokumenten der Kommission

Die Schaffung und Erweiterung des Binnenmarktes hat natürlich einen direkten Nutzen für die Bürger und die Wirtschaftstätigkeit in der EU, kommt aber auch den Bürgern und insbesondere den Unternehmern aus anderen Regionen der Welt zugute, die in der EU tätig sind, nicht an den Grenzen Halt machen und in allen Ländern die gleichen technischen Anforderungen haben.

Und auch die Vorteile des Euro beschränken sich nicht auf sein geografisches Gebiet; sie kommen auch Unternehmern aus allen Regionen der Welt zugute, die in einem Gebiet, dem "Euroland", tätig sind, das immer ein sehr wichtiger Markt sein wird.

Ein regionaler Block wie die Europäische Union kann auch eine sehr wichtige Rolle spielen, indem er die erforderlichen Bedingungen für die Initiative und die Konkretisierung von Projekten von großer Tragweite schafft, die ein Unternehmen eines einzelnen Landes aufgrund seiner Kosten und Risiken nicht hätte. Als Beispiel können wir das Projekt Airbus nennen. Und auch in diesem Fall kommt sein Erfolg nicht nur Europa zugute, sondern auch

allen anderen Ländern, einschließlich der Vereinigten Staaten von Amerika, deren Transportunternehmen die Möglichkeit haben, Boings oder Airbusse zu kaufen und nicht auf ein monopolistisches Unternehmen beschränkt zu sein, das Verkehrsflugzeuge von großer Dimension herstellt.

Abgesehen von den Vorteilen, die diese Beiträge für Europa und andere Regionen mit sich bringen, wird die EU mit ihrem Erfolg wahrscheinlich andere regionale Blöcke und Länder dazu bringen, ähnliche Schritte zu unternehmen. Auch auf diese Weise kann die EU eine wichtige Rolle spielen und einen Beitrag zu einer besser globalisierten Welt leisten.

***Manuel Porto***

PPE-DE, Portugal (1996-1999)

und ELDR (1989-1996)

[mporto@fd.uc.pt](mailto:mporto@fd.uc.pt)

**DIE ERWEITERUNG UM DEN WESTLICHEN BALKAN IST JETZT EINE GEOPOLITISCHE  
PRIORITÄT**

Die Geschichte der EU-Erweiterung ist die Geschichte strategischer politischer Entscheidungen über die Zukunft und Stabilität eines freien, demokratischen Europas.

Die Erweiterung veränderte von Anfang an den Charakter und das Gleichgewicht des europäischen Projekts bei der Verfolgung seines zentralen Ziels - der Erhaltung von Frieden, Stabilität, Demokratie und Freiheit, aus denen Wohlstand erwachsen kann.

Die Verabschiedung des gemeinschaftlichen Besitzstandes, die Erfüllung der Elemente der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit, der Menschenrechte und des Minderheitenschutzes bleiben wesentliche Bedingungen, aber darüber hinaus hat die Politik immer Priorität gehabt.

Die Erweiterung war fast immer mit Kosten verbunden. Nur die Erweiterung auf 15 Mitgliedsstaaten im Jahr 1995 erhöhte das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in der EU. Ansonsten ging es um die Abwägung zwischen den Kosten der Erweiterung und den strategischen Kosten der Nichterweiterung.

Die Art des Kalküls bei der möglichen Erweiterung der EU um die sechs Westbalkanstaaten stellt hier keine Ausnahme dar. Geopolitische Akteure, die ein Interesse daran haben, Instabilität an den Grenzen der EU zu schüren, bleiben im Spiel und haben, solange der Weg der westlichen Balkanstaaten unklar bleibt, allen Anreiz, ihren Einfluss bestmöglich auszuüben. Xi China, Putins Russland und autokratische Golfstaaten haben alle Grund, potenziell transformative Ressourcen im Gegenzug für Einfluss und die Erosion der EU-Ambitionen in der Region einzutauschen.

Bislang sind die Auswirkungen begrenzt. Die EU bleibt der Weg der Wahl. Aber es war bereits ein langer Weg im Vergleich zu früheren Beitrittsreisen, durchkreuzt von einer fehlenden wahrgenommenen Wichtigkeit, von der Ablenkung durch unmittelbarere Themen für die 27 und von Nachbarschaftsstreitigkeiten, die unlösbar erschienen. Kein Land außer der Türkei ist schon länger Beitrittskandidat als Nordmazedonien. In dieser Zeit hat sich das Land erheblich stabilisiert, ist Mitglied der NATO geworden und hat sogar mit der Änderung des Landesnamens den Streit mit Griechenland beigelegt. Die Unterstützung für den EU-Beitritt ist in der Bevölkerung nach wie vor bemerkenswert hoch, aber wie lange kann diese Geduld ohne nachweisliche Fortschritte aufrechterhalten werden?

Obwohl weniger langwierig, ist für Albanien und Montenegro mit 12 Jahren seit der Antragstellung immer noch kein Ende in Sicht, wobei die Möglichkeit von 2025 für Montenegro und Serbien offiziell als „sehr optimistisch“ gilt, insbesondere angesichts der Hürde bei der Anerkennung der kosovarischen Unabhängigkeit. Mit der postsowjetischen Erweiterung Mitteleuropas 2004 wuchs die Bevölkerung der EU um 19,6 % und das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Union sank um 8,9 %. Der Ostbalkan brachte 2007 einen weiteren Bevölkerungszuwachs von 6,5 % und einen weiteren Rückgang des Bruttoinlandsprodukt pro Kopf von 4 %. Im Vergleich dazu repräsentieren alle sechs Westbalkanstaaten mit 17,9 Millionen Menschen nur 4 % der EU-Bevölkerung - das entspricht der Größe der Niederlande, ihr Gesamt-Bruttoinlandsprodukt entspricht dem der Slowakei. Selbst eine hypothetische Erweiterung um alle sechs Länder würde die Aufnahmefähigkeit der EU nicht übersteigen - die wirtschaftlichen Ungleichheiten sind vergleichbar mit denen zwischen Spanien und Portugal einerseits und den zehn Mitgliedsstaaten andererseits Mitte der 1980er Jahre.

Verzögerungen und politische Unzulänglichkeiten im Beitrittsprozess hatten Folgen für die Arbeitsweise der EU. Die Beitrittskandidaten können, nicht unberechtigt, auf die Probleme der Rechtsstaatlichkeit und die anhaltende Korruption in den jetzigen Mitgliedsstaaten schauen und fragen: „Warum warten wir?“ Ein klarer Weg zum Beitritt des Westlichen Balkans erfordert, dass die Mitgliedsstaaten kurzfristige innenpolitische Erwägungen in den Dienst der geopolitischen Interessen der Demokratie stellen.

***John Howarth***

S&D, Vereinigtes Königreich (2017- 2019)

[johnhowarth58@gmail.com](mailto:johnhowarth58@gmail.com)

## ERNEUERUNG DURCH HOLZ: EUROPAS SYSTEM FÜR DIE CO<sub>2</sub>-ABSCHEIDUNG UND - SPEICHERUNG

Die Warnung vor dem Klimawandel hätte kaum krasser sein können. „Ich muss es ganz deutlich sagen. Wenn die Menschheit nicht schnell genug auf diese Entwicklung reagiert, werden unsere Kinder und Enkelkinder Kriege führen um Wasser und um Nahrung.“

Die Deutlichkeit der Worte von Vizepräsident Timmermans ist einerseits besorgniserregend, andererseits aber auch begrüßenswert. Wir müssen wirklich schneller werden, wenn Europa es schaffen soll, bis 2050 CO<sub>2</sub>-neutral zu werden.

Die Kommissionspräsidentin hat festgestellt, dass 40 % unserer Emissionen im Zusammenhang mit unserer baulichen Umwelt stehen. Folglich war es nie dringlicher, dass wir unsere Probleme in den Griff kriegen.

Daher ist die vom Parlament unterstützte Renovierungswelle der Kommission, mit der das Ziel verfolgt wird, bis 2050 195 Millionen Gebäudeabschnitte energieeffizient zu machen, absolut richtig, aber, und dabei handelt es sich um ein gewichtiges „aber“, die Rate der umfassenden Renovierungen liegt derzeit bei weniger als 1 % des Gebäudebestands pro Jahr. Deshalb müssen wir unser Vorgehen rasch verstärken, und zwar mit der ausdrücklichen Absicht, den Energieverbrauch unserer Gebäude – der größtenteils noch auf fossilen Brennstoffen basiert – zu senken.

Bei den einfach zu erreichenden Einsparungen handelt es sich um die Isolierung von Dachböden, Wänden und Türen sowie um den Austausch von einfach verglasten Fenstern durch Zweifach- oder Dreifachverglasung.

Uns, als ehemaligen Mitgliedern ist jedoch das Gesetz der unbeabsichtigten Folgen nur zu bekannt, und wenn wir nicht vorsichtig vorgehen, könnte dies zum Fluch der Renovierungswelle werden: Was wäre etwa, wenn der Großteil dieser Renovierungsarbeiten unter Nutzung fossiler Brennstoffe durchgeführt würde? Natürlich könnten wir unseren Gebäudebestand energieeffizienter machen und dadurch die Verbrennung fossiler Brennstoffe verringern, aber gleichzeitig könnten wir bei der Herstellung kohlenstoffintensiver Renovierungsmaterialien einen erheblichen Anstieg der CO<sub>2</sub>-Emissionen verursachen.

Da sich die Kommission dieser Gefahr bewusst ist, verwies sie auf die Notwendigkeit, den CO<sub>2</sub>-Fußabdruck von Gebäuden zu senken, indem organische Baustoffe, die Kohlenstoff speichern können, wie z. B. Holz aus nachhaltigen Quellen, verwendet werden.

Zwei Größen kommen hier ins Spiel: Der in Deutschland als „Klimapapst“ titulierte Professor Schellnhuber vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung, und seine berühmteste Gefolgsfrau, die keine geringere ist als Ursula von der Leyen, die Präsidentin der Kommission. Auf dieses Team ist die neu aufkommende These der Kommission zurückzuführen, die die Präsidentin dem Parlament im September 2020 persönlich erläuterte: „der Bausektor könnte sogar CO<sub>2</sub> aufnehmen statt es auszustoßen, wenn ökologische Baustoffe wie Holz und kluge Technologien wie Künstliche Intelligenz eingesetzt werden.“



Schellnhuber hat darauf hingewiesen, was passieren wird, wenn wir keine organischen Stoffe verwenden. So würden häufig mehr Schäden verursacht, als das Gute erreicht werde, z. B. wenn Gebäude mit toxischem industriellem Schaum isoliert würden, bei dessen Herstellung, Nutzung und Entsorgung mehr Energie verbraucht werde, als eingespart werden könne. Stattdessen plädiert er dafür, dass wir unseren Planeten und unsere Städte wieder aufforsten, d. h. mehr nachhaltiges Holz in der bebauten Umwelt einsetzen.

Die Fähigkeit von Holz, CO<sub>2</sub> zu speichern, sobald der lebende Baum es gebunden hat, macht Holz zu einem wertvollen Instrument für die Bekämpfung des Klimawandels, und in Verbindung mit seinem Substitutionseffekt lassen sich dadurch 20 % der jährlichen CO<sub>2</sub>-Emissionen Europas kompensieren.

Das heißt, durch eine stärkere Nutzung von nachhaltig erzeugtem Holz in der baulichen Umwelt – sowohl bei der Sanierung als auch beim Neubau – könnte, wie die Kommissionspräsidentin erklärt hat, unsere bauliche Umwelt „CO<sub>2</sub> aufnehmen statt es auszustoßen“.

### ***Karin Junker***

PES, Deutschland (1989-2004)

[karin.junker@t-online.de](mailto:karin.junker@t-online.de)

## **SALVADOR DE MADARIAGA UND DAS COLLEGE OF EUROPE**

Anlässlich der Feierlichkeiten zum 70. Jahrestag der Rede von Robert Schumann am 9. Juni 1950 beschlossen der spanische Ausschuss für die Europäische Liga für wirtschaftliche Zusammenarbeit (ELEC) und die in Barcelona ansässige Organisation „Cercle d’Economia“, den Beitrag von Salvador de Madariaga zu der Vorstellung von dem, was die Europäische Union heute ist, mit der Veröffentlichung der Schrift „Salvador de Madariaga & el Colegio de Europa“ (Salvador de Madariaga & das Europakolleg, Barcelona 2020) zu würdigen; zu diesem Beitrag gehört auch die Gründung des Europakollegs im Jahr 1949, das als hochrangiges Schlüsselgremium und äußerst wichtiger Bezugspunkt für das akademische Verständnis über die Europäische Union und ihre Organe gilt. Die ersten Unterrichtsstunden im Europakolleg wurden 1950 erteilt.

Zwar verhinderte die Franco-Diktatur die Eingliederung Spaniens in das europäische Integrationsprojekt, jedoch gab es eine sehr herausragende Präsenz der im Exil lebenden Spanier, die sich eine solche Integration wünschten. Hier ist maßgeblich auch Salvador de Madariaga zu nennen, der beim Haager Europa-Kongress im Jahr 1948, der schließlich zur Gründung der Europäischen Bewegung führte, anwesend war und eine sehr aktive Rolle

spielte. Bei dieser Zusammenkunft reifte die Überzeugung, dass das sich neu herausbildende Europa einer europäischen Universität bedurfte. Salvador de Madariaga unterstützte das Projekt nicht nur, sondern war auch sein Architekt und setzte es gemeinsam mit Winston Churchill, Paul-Henri Spaak und Alcide de Gasperi um. Das Europakolleg wurde 1949 mit dem Ziel gegründet, eine Elite von jungen Führungskräften für Europa auszubilden. Salvador de Madariaga förderte und gründete das Europakolleg und war von seiner Gründung bis 1964, dem Jahr, in dem er die Rede zur feierlichen Eröffnung des Studienjahrs 1964/1965 hielt, Präsident seines Verwaltungsrates.

Salvador de Madariaga, eine herausragende und international anerkannte Persönlichkeit, prägte die Gründung von Schlüsseleinrichtungen in der Europäischen Union, deren Fortbestand auch nach siebzig Jahren die Weitsichtigkeit einhergehend mit Engagement und dem Willen zeigt, das zu verwirklichen, was das Europakolleg heute noch ist – eine renommierte Einrichtung, die ein grundlegender, wenn nicht der herausragendste Pfeiler bei der Ausbildung von Spezialisten und Experten in der Europäischen Union ist.

Bei seiner Rede anlässlich der Einweihung des Europakollegs erklärte er, dass man in diesem Kolleg versuche, einen Wandel bei einer möglichst großen Anzahl von jungen Europäern vorzunehmen, die für einen solchen Wandel bereit sind. Salvador de Madariaga schlug vor, eine junge universitäre Elite herauszubilden, die ihre nationalen Wurzeln überwindet, um wahrhaft europäisch zu sein. Dieser Text ergänzt einen Artikel von Salvador de Madariaga, nämlich seine Einleitung in die eigens für das Europakolleg erstellte Sonderausgabe von „Synthèses. Revue Européenne“ vom November 1954. In dieser Einleitung erklärte Salvador de Madariaga, dass das im Entstehen begriffene Europa Institutionen brauche. Seiner Überzeugung nach waren neue Institutionen erforderlich, um den jungen Hochschulabsolventen einen europäischen Geist zu vermitteln; in diesem Sinn hat sich das Europakolleg nach seinen Worten bereits als die einzig wirklich europäische Hochschuleinrichtung erwiesen.

Siebzig Jahre später sind die von Salvador de Madariaga geschaffene Einrichtung und der darin vermittelte europäische Geist so aktuell und notwendig wie im Augenblick ihrer Gründung.

***Dr. Carles A. Gasòliba***

ELDR, Spain (1986–2004)

[cgasoliba@gmail.com](mailto:cgasoliba@gmail.com)

## **DIE ZAHLENAKROBATEN DER FOUNDATION FOR SOCIAL WELFARE SERVICES**

Es war für uns alle eine Zeit der Herausforderungen. Die Covid-19-Pandemie hat neue Realitäten entstehen lassen, nicht zuletzt im Bereich der sozialen Fürsorge.

Mein akademischer Hintergrund und meine Arbeit im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten während meines Mandats als Mitglied des Europäischen Parlaments haben mir den Bereich der sozialen Fürsorge nähergebracht. Als ich 2014 das Europäische Parlament verließ, suchte ich nach Beschäftigungsmöglichkeiten in diesem Bereich, weil ich an soziale Gerechtigkeit glaube und mir dieser Bereich am Herzen liegt. Heute bin ich stolz darauf, die Foundation for Social Welfare Services (FSWS) in Malta als Leiterin der Abteilung International Relations, Service Audits, Quality Assurance and Research (IRSAQAR) vertreten zu dürfen. Es handelt sich dabei um eine nationale Stiftung, die ein Katalysator für Veränderungen und Entwicklungen ist, die den tatsächlichen und entstehenden Bedürfnissen von Kindern, Familien und der Gemeinschaft entsprechen, um soziale Ausgrenzung zu vermeiden. Durch die Bereitstellung von hochwertigen und zeitnahen Diensten und Leistungen befähigt die Stiftung Personen und hilft ihnen, sich zu verantwortungsvollen, integrierten und produktiven Mitgliedern der Gesellschaft zu entwickeln, die das Leben als Mittel zur Selbstverwirklichung schätzen.

Heute werde ich mich auf die Arbeit und die Ergebnisse des Forschungsteams konzentrieren, das eine der Einheiten innerhalb meiner Abteilung bildet. Dieses Team ist bestrebt, hohe ethische und professionelle Normen einzuhalten, die sich an Prinzipien, Richtlinien und Verfahren orientieren, die für Fachleute im Forschungsbereich gelten. Wir sind entschlossen, unsere Forschungsprojekte mit der höchsten Qualität voranzutreiben und einen gemeinsamen Prozess mit den relevanten Interessengruppen zu gewährleisten. Die Leitung, die Mitarbeiter und die Empfänger der Dienste der FSWS werden im Forschungsprozess gehört. Unsere Forschung ist für die Zielgruppe zugänglich und benutzerfreundlich, vermittelt ein tatsächliches und objektives Bild und würdigt und feiert die geleistete positive Arbeit. Bei IRSAQAR sind wir offen für Feedback, das zu Wachstum und kontinuierlicher Verbesserung führt.

Forschung ist ein Werkzeug zur Erweiterung des sozialen Wissens, um weitere Dienste zu entwickeln. Das Forschungsbüro führt Studien durch, analysiert Daten und erstellt verschiedene Berichte, um sowohl die FSWS als auch externe Interessengruppen das ganze Jahr über hinsichtlich der Arbeit der FSWS und der Leistung der jeweiligen Dienste auf dem Laufenden zu halten. Wir führen auch Literaturrecherchen und Studien durch, um die Dienste über verschiedene einschlägige Themen zu informieren. Dazu gehört die ESPAD (Europäische Schülerstudie zu Alkohol und anderen Drogen), eine Querschnittsstudie, die alle vier Jahre durchgeführt wird.

Wir sind die Zahlenakrobaten der FSWS und Zahlen sind wichtig; aber wir wissen auch, dass hinter jeder Zahl ein Mensch steht, ein verletzlicher Mensch – eine Frau, ein Mann, ein Kind, und wir diskriminieren nicht; wir kümmern uns um alle Menschen.

2019 wurden von der FSWS insgesamt 18.688 Fälle bearbeitet. Von diesen Fällen waren 53 % weiblich, 42 % männlich und 0,02 % waren X. Die Aufschlüsselung nach Geschlecht gibt uns einen Überblick darüber, wer unsere Dienste nutzt. Die noch nicht veröffentlichten Statistiken für das Jahr 2020 zeigen, dass die Zahl der bearbeiteten Fälle 2020 stabil geblieben ist, ebenso wie die Anzahl der Frauen, die unsere Dienste in Anspruch genommen haben. Eine tiefgreifendere Analyse der tatsächlichen Erfahrungen von Nutzerinnen unserer Dienste hinter den Zahlen wird angeregt, um ihre spezifischen Bedürfnisse hinsichtlich unserer Dienste besser kennenzulernen.

Da ich selbst Mitglied des Europäischen Parlaments war, habe ich ein besonderes Interesse an Statistiken mit dem Ziel, das Wohlergehen der Gesellschaft zu verbessern. Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, um Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen und ehemalige Mitglieder des Europäischen Parlaments, zu ermutigen, die Mitgliedstaaten stärker für die Bedeutung einer tiefgreifenderen Analyse der Statistiken zu sensibilisieren; um diese zum Gemeinwohl der Gesellschaft zu studieren.

***Claudette Abela Baldacchino***

S&D, Malta (2013-2014)

[claudette.abelabalcchino@gmail.com](mailto:claudette.abelabalcchino@gmail.com)

## FMA ACTIVITIES

## COOPERATION WITH THE EUI

### **NEXT GENERATION "EUROPE IN YOUR LIVING ROOM": GESPRÄCHE IM WEBRADIO FÜR SCHÜLER, LEHRKRÄFTE UND FAMILIEN**

– „Die Europäische Union ist eine Gruppe von Staaten, die sich zusammengetan haben, um stärker verbündet, stärker vereint zu sein [...] und um gemeinsam stärker zu sein [...] Nach dem Zweiten Weltkrieg wollten die Menschen eine Welt ohne Krieg [...] Sie taten sich zusammen und sind nun Verbündete, damit es nicht wieder zu einem Krieg kommt. Das Projekt ist ein Erfolg, es hat gut funktioniert.“

– Eine europäische Region ... „Aus meiner Erfahrung heraus: Ich lebe in Italien, meine Familie [stammt] aus Deutschland, das verbindet uns. Wir sind nicht gerade Nachbarn, aber dank der

Mobilität und den Reisen fühlt man sich nah, und diese zwei Orte, die ganz klar weit entfernt sind, weil sie keine gemeinsame Grenze haben, ähneln sich ein bisschen. [Man kann schon sagen, dass] sie eine europäische Region sind, auch wenn sie keine direkten Nachbarn sind.“ (Schüler der Sekundarstufe, Live-Interview, „Europe in your Living Room“, 9. Juni 2021)

Den neuen Generationen von Europäerinnen und Europäern Raum zu geben, ist von großer Bedeutung, um das kulturelle und generationenübergreifende Zusammenleben zwischen verschiedenen Regionen Europas zu fördern. Es geht nicht nur darum, ihnen Gehör zu schenken, sondern auch echte Räume für die Jugend zu schaffen, wo sich kreative Dialoge zwischen Europa und seiner Bevölkerung entspinnen können. Dieser Vorschlag kann sich im Dialog zwischen jungen Menschen und Persönlichkeiten niederschlagen, die den Alltag der EU-Organe selbst erlebt haben.

Die Wahrnehmung der Europäischen Union ist vielfältig und entbehrt sichtbarer Grenzen, denn die jungen Menschen leben ihre Bildung offen durch Interaktion mit verschiedenen soziokulturellen Hintergründen aus. Die wichtigsten sind vielleicht vor allem Schule, Familie und Freunde, doch es gibt einen Raum, der einem manchmal entgleiten kann: den Raum der nationalen und europäischen Institutionen.

Während der Pandemie war es nicht möglich, Schüler in der Villa Salviati zu begrüßen und sie persönlich in Kontakt mit ehemaligen MdEP zu bringen. Das wiederum verhalf dem Bildungsprogramm des HAEU zu neuen Synergien und kreativen Kräften.

*Persönliche Begegnungen und Gespräche zwischen Schülern und ehemaligen MdEP im Schuljahr 2018/19 – Interview: „Ich würde sagen, heute Europäer zu sein [...] muss noch konkrete Formen annehmen.“ (Schüler, Aufnahme hier anhören)*

Und so wurde in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Engaged Academics des Europäischen Hochschulinstituts (EHI) und dem unabhängigen Webradio des EHI „Radio Cavolo“ eine neue Webradio-Serie aus der Taufe gehoben. Unter dem Titel „Europe in your Living Room“ richtet sie sich an Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe und an alle, die möglicherweise Interesse an Themen rund um Europa und das europäische Aufbauwerk haben. Diese neue Sendungsreihe bietet dem Bildungsteam des HAEU die Möglichkeit, auf alternativem Weg weiterhin mit Schülern und Lehrkräften zu interagieren und so neue Unterrichtsmethoden und Möglichkeiten des Fernunterrichts auszuprobieren.



Live-Beitrag eines Schülers eines Florentiner Gymnasiums zur Webradio-Serie des Bildungsprogramms des HAEU, Studio des „Radio Cavolo“, Villa Salviati, 9. Juni 2021

Jede Folge der Webradio-Serie „Europe in your Living Room“ enthält ein kleines Live-Interview (bislang in italienischer Sprache) mit einem Gast, der mit dem Bildungsprogramm des HAEU zusammenarbeitet: ehemalige MdEP, Archivare, Lehrkräfte und Erzieher. Die Schülerinnen und Schüler können interagieren und sich an den Gast wenden, indem sie ihre Fragen an den Radiosender schicken. Die Gäste antworten dann direkt auf die Fragen.

Bei den Begegnungen erstatten die ehemaligen MdEP in mündlichen Erzählungen, aber auch mit Musikstücken großzügig Bericht über ihre Lebenserfahrungen, über Erlebnisse beim Europäischen Parlament, aber auch über Institutionen, deren Entstehung sie erlebt haben und die den komplexen Prozess des europäischen Aufbauwerks fördern.

„Wie vertritt man bei der Wahl zum Europäischen Parlament seine Wähler und allgemein die Bürger Italiens?“ (Frage eines Schülers einer weiterführenden Schule an Monica Baldi)

„Ich habe mich gefragt, was wohl Ihre Herausforderungen beim Parlament waren und wie Sie sie bewältigt haben?“ (Frage eines Schülers der Sekundarstufe an Riccardo Ventre)

Solche Gespräche sind Anreize, sich mit europäischen Fragen der Schüler von Sekundarschulen aus der Gegend um Florenz und darüber hinaus zu befassen, und gleichzeitig ein Fenster zur Welt der Archive und der Recherchearbeit.

Das HAEU beteiligt sich wesentlich an der Förderung eines stärkeren Bewusstseins für die Geschichte der EU: Es unterstützt die Reflexion über die Vergangenheit, aber auch die mögliche Gestaltung unserer Gegenwart zur Schaffung unserer Zukunft. Das Bildungsprogramm des HAEU geht von der festen Überzeugung aus, dass die Förderung des kulturellen Erbes, das hier bewahrt wird, durch die Schaffung von Räumen wie diesem für Dialog und Diskussion einen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt und zur sozialen Eingliederung leisten kann, indem Resilienz und ein Zugehörigkeitsgefühl aufgebaut werden und dafür gesorgt wird, dass die verschiedenen Generationen besser zusammenleben.

Mehr Informationen über „Europe in your Living Room“ finden Sie hier. Auf der Homepage des Webradios können Sie alle Folgen der Sendung anhören.

***Leslie Nancy Hernández Nova***

Koordinatorin des Bildungsprogramms des Historischen Archives der Europäischen Union  
Florenz, Italien

[LeslieNancy.HernandezNova@eui.eu](mailto:LeslieNancy.HernandezNova@eui.eu)

## EP TO CAMPUS PROGRAM

### MEIN „BESUCH“ AN DER UNIVERSITÄT IN DEN ROCKY MOUNTAINS

Im Februar 2021 wurde ich eingeladen, vor den Studierenden und den Lehrenden der Boulder University in Colorado (Vereinigte Staaten) einen Vortrag über die Neuausrichtung des Tourismus in der EU nach dem Brexit und der COVID-19-Pandemie zu halten. Boulder ist eine Stadt am Fuße der Rocky Mountains. Sie liegt rund 60 km nördlich von der Hauptstadt des Bundesstaats und dem nächstgelegenen größeren Flughafen, Denver. Bedauerlicherweise war der Gedanke an den Flughafen und an einen Flug in die „Mile High City“ – so genannt, weil sie genau eine Meile über dem Meeresspiegel liegt – aufgrund der andauernden Pandemie gleich verflogen. Die vom Colorado European Union Center of Excellence veranstaltete Konferenz würde virtuell abgehalten werden müssen.

Die Kommunikation seitens der Universität war hervorragend, und die Planung und Vorbereitung meinerseits waren genauso fordernd und (fast) genauso bereichernd als wäre ich tatsächlich dort gewesen. An diesem Dilemma wurde noch einmal deutlich, in welcher misslichen Lage sich nicht nur der Tourismus, sondern die amerikanische und die europäische Gesellschaft im Allgemeinen befinden, nun, da wir versuchen, unser Leben nach der COVID-19-Pandemie wiederaufzubauen.

Obwohl die Beschränkungen inzwischen teilweise aufgehoben wurden, waren die Anweisungen, die die Regierung des Vereinigten Königreichs im Februar allen Bürgerinnen und Bürgern erteilte, sehr deutlich und von einer Schwere, die die Bevölkerung erstaunte: *„Derzeit gelten im Vereinigten Königreich aufgrund der COVID-19-Pandemie Ausgangsbeschränkungen, die vorsehen, dass Sie zu Hause bleiben. Liegt kein zulässiger Grund vor, dürfen Sie nicht verreisen, auch nicht ins Ausland. Urlaubsreisen und Reisen zu sonstigen Freizeit Zwecken ins Ausland sind gegen das Gesetz.“*

Es ist weiterhin ungewiss, ob sich die Lage in absehbarer Zeit „normalisieren“ wird. Selbst wenn alle weltweiten Beschränkungen morgen aufgehoben würden – was nicht geschehen wird –, würde es Monate, vielleicht sogar Jahre dauern, bevor das Vertrauen der Verbraucher wiederhergestellt ist, die Flugpläne wieder auf dem Stand vor der Pandemie sind und das Bewusstsein für den Tourismus wieder in unseren Köpfen Einzug hält. Ihrer Reaktion nach zu urteilen wurde dies den Studierenden in Colorado gerade erst bewusst. Viele von ihnen schienen sich darauf gefreut zu haben, im Sommer nach Europa zu reisen oder im Tourismus und in verwandten Sektoren in den Vereinigten Staaten zu arbeiten. Der Wintertourismus spielt in Boulder eine große Rolle, hat jedoch sowohl in den Vereinigten Staaten als auch in Europa schwere Rückschläge hinnehmen müssen.

Der Tourismus ist für die Wirtschaft Europas offensichtlich von entscheidender Bedeutung. In den 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union entfallen bis zu 11 % des gesamten BIP unmittelbar auf den Tourismus. In den Vereinigten Staaten liegt der entsprechende Anteil bei 2,6 %. Allein in Paris liegt der Tourismus als größter Wirtschaftszweig noch vor dem Dienstleistungsgewerbe und der Modebranche. Mit 38 Millionen Besuchern jährlich bietet er knapp 12 % der erwerbstätigen Bevölkerung von Paris Arbeit.

Abseits vom Brexit, dessen „Vorteile“ angesichts von neuen Passkontrollen, Verwaltungsaufwand und Vorschriften fragwürdig erscheinen, ist es schwer vorstellbar, dass in absehbarer Zeit wieder so viele britische Urlauber wie früher nach Paris reisen. Selbst der Eurostar verkehrt nur noch einmal täglich zwischen St Pancras in London und dem Gare du Nord in Paris.

Im Rahmen der Konferenz wurden das vor Kurzem von der Kommission veröffentlichte Paket „Tourismus und Verkehr“ und die damit zusammenhängende Gesamtstrategie für die wirtschaftliche Erholung im Jahr 2020 und darüber hinaus erörtert. Darin werden Maßnahmen erläutert, mit denen zur Erholung der Branche beigetragen werden soll, unter anderem durch die Wiederherstellung der Freizügigkeit und die schrittweise Aufhebung von Beschränkungen an den EU-Binnengrenzen, die Wiederherstellung des Verkehrs bei gleichzeitiger Gewährleistung der Sicherheit der Flug- und Fahrgäste und des Personals und die Empfehlung, geleistete Zahlungen nicht in bar, sondern in Form eines Gutscheins an die Verbraucher zurückzuerstatten, sowie durch eine Reihe weiterer umweltfreundlicher und umweltverträglicher Maßnahmen, um Verkehr und Tourismus dabei zu unterstützen, sich von dieser beispiellosen Krise zu erholen.

In der COVID-19-Pandemie sind die Auswirkungen des Brexit weitgehend untergegangen – es wird womöglich noch Jahre dauern, bis wir sie in ihrem vollen Umfang begreifen. Inwiefern und bis wann sich der Tourismus in Europa erholen wird, ist noch ungewiss. Obwohl diese Konferenz virtuell abgehalten wurde, bot sie ein wirklich wirkmächtiges Diskussionsforum, an dem teilzuhaben mir eine Freude war.

***Robert Evans***

PES, Vereinigtes Königreich, (1994-2009)

[robert.evans@surreycc.gov.uk](mailto:robert.evans@surreycc.gov.uk)



## **„WELCHE PERSPEKTIVE GIBT ES FÜR DIE EUROPÄISCHE UNION IM BEREICH DER GESUNDHEIT?“**

Die öffentliche Gesundheit fällt zwar in die Zuständigkeit ihrer Mitgliedstaaten, doch die COVID-19-Krise hat die Europäische Union veranlasst, tätig zu werden, um das hohe Gesundheitsschutzniveau sicherzustellen, das die EU-Bürger berechtigterweise erwarten.

Kein Mitgliedstaat ist bereit, die Verwaltung seines Gesundheitssystems gemäß dem Grundsatz der Subsidiarität auf die EU zu übertragen. Die EU verfügt nur über eine unterstützende Zuständigkeit gemäß Artikel 168 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV). So ergänzt sie die nationale Gesundheitspolitik und muss sich auf die Zusammenarbeit und Koordinierung zwischen ihren Mitgliedstaaten verlassen, auch wenn sie nachweislich in der Lage ist, hohe Gesundheitsstandards und verbindliche Vorschriften, wie etwa für Tabak, festzulegen. Der Einfluss der EU auf die Gesundheitsprogramme ist jedoch nach wie vor gering; Dieses Manko ist auch daran erkennbar, dass ihr entsprechender Etat für den Zeitraum 2014-2020 nur 449 Mio. EUR betrug, während der Etat für die Gemeinsame Agrarpolitik 408,3 Mrd. EUR erreichte!

Die Mitgliedstaaten sind zwar gehalten, die Gesundheit ihrer Bevölkerung zu schützen, sie scheuen sich aber nicht, die EU im Falle einer Gefahr um Hilfe zu bitten.

Aufgrund vergangener Gesundheitskrisen wurde das EU-Recht bereits geändert, insbesondere nach dem SARS-Ausbruch von 2003 und der mexikanischen Grippe im Jahr 2009. Ungeachtet der verstärkten Überwachung grenzüberschreitender Bedrohungen, des Katastrophenschutzverfahrens der Union oder der Vereinbarung über die gemeinsame Beschaffung mit einem gleichberechtigten Zugang zu Impfstoffen oder Arzneimitteln blieben die Mittel weit hinter den angestrebten Zielen zurück, und es mangelt an wirksamen Mechanismen zur Bewältigung der COVID-19-Pandemie.

Die Gesundheitskrise, von der der Kontinent als Ganzes betroffen ist, hat nicht zu einer gemeinsamen und integrierten Reaktion geführt, sondern zu unterschiedlichen, fragmentierten und nicht aufeinander abgestimmten nationalen Reaktionen, auch wenn sich die Maßnahmen im Laufe der Zeit allmählich einander angenähert haben. In dringenden Fällen hat sich die EU sogar bereit erklärt, ihre Politik flexibler zu gestalten und bestimmte Zuständigkeiten wieder an die Mitgliedstaaten zu übertragen.

Inzwischen hat sich die EU, überwältigt von einer verheerenden Pandemie mit vielen Opfern, dafür entschieden, die Krise in eine Chance und einen Hebel zur Umgestaltung der EU-Vorschriften zu verwandeln, um Europa sicherer zu machen und besser gegen künftige Krisen zu wappnen. Die angestrebten Ziele sind klar, nämlich die Stärkung der Resilienz der Gesundheitssysteme, die Bewältigung schwerwiegender grenzüberschreitender

Gesundheitsbedrohungen und ein besserer Zugang zu medizinischen Produkten. So stehen neue Vorschriften, eine bessere Steuerung mithilfe stärkerer und besser angepasster Agenturen bereits auf der Tagesordnung, ebenso wie ein verlässlicheres in Höhe von 5,1 Mrd. EUR für den Zeitraum von 2021 bis 2027, was eine Premiere ist!

Diese ambitionierten Ziele sind noch nicht beschlossene Sache und werden davon abhängen ob die EU in der Lage ist, flexiblere und agilere Entscheidungsprozesse zu beschließen, was der einzige gangbare Weg ist, wie Krisen künftig verhindert werden können.

Trotz allen Widerstands der Mitgliedstaaten gegen eine stärkere Integration im Bereich der öffentlichen Gesundheit zeigt die COVID-19-Pandemie doch die gegenseitige Abhängigkeit der Mitgliedstaaten und die Notwendigkeit stärker integrierter Maßnahmen, um den Erfordernissen des Schutzes unserer EU-Bürger wirksam gerecht zu werden.

***Nora Berra***

EVP-DE, Frankreich (2012-2014)

[nora.berra@gmail.com](mailto:nora.berra@gmail.com)

## **DER EINFLUSS DER GLOBALEN UND EUROPÄISCHEN POLITIK AUF DIE UMWELTPOLITIK DER EU**

Seit dem Beginn meiner Mitgliedschaft in der FMA und nach meiner Rückkehr an die Universität bin ich Förderer des Programms EP to Campus. Ich glaube, dass dieses Programm ein ausgezeichneter Kanal für die Kommunikation mit jungen Menschen ist. Es gibt uns, den ehemaligen Mitgliedern des Europäischen Parlaments, die Möglichkeit, den Studenten die öffentliche Politik der EU zu erklären und ihnen zu zeigen, wie sie als EU-Bürger in deren Entwicklung und Umsetzung eingebunden werden können. Daher war ich froh, auf ein Angebot der FMA einzugehen und den Studenten der Universität Pecs einen Vortrag über die EU-Umweltpolitik zu halten. Es war mir eine große Freude, mit dem sehr enthusiastischen Team der Universität unter der Leitung von Dr. Melinda Szappanyos zusammenzuarbeiten. Ihre Studenten haben bereits ein Grundwissen über die rechtlichen Verfahren und Regeln des Europäischen Parlaments, aber für sie war es am interessantesten, einen Einblick zu bekommen, wie das Europäische Parlament über die bekannten Verfahren und Regeln hinaus arbeitet und alle Faktoren für die Schaffung einer effizienten Politik abwägt. Das Thema des Vortrags war die EU-Umweltpolitik, wie das Europäische Parlament in seiner 8. Legislaturperiode eine wichtige Rolle bei den Errungenschaften im Bereich Umwelt und Klima gespielt hat und welche Erwartungen es an den Vorschlag der VDL-Kommission für das erste

EU-Klimagesetz, das neue 8. Die Umweltpolitik ist eine der wichtigsten öffentlichen Politiken der EU, da sie in horizontale Strategien eingebettet ist und Auswirkungen auf Ziele, Maßnahmen und Rechtsvorschriften anderer öffentlicher Politiken hat. Sie wird auch bei internationalen Verhandlungen berücksichtigt. In der Vorlesung erhielten die Studenten Informationen darüber, wie die EU zur Entwicklung der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung für 2030 beiträgt, über die Rolle des Europäischen Parlaments bei der Festlegung der EU-Position und der Klimaziele im Verhandlungsprozess des Pariser Abkommens und darüber, wie wir unsere ehrgeizigen Umwelt- und Klimaziele in die internationalen Handelsabkommen der EU aufnehmen. Der Schwerpunkt des Vortrags lag auch auf dem Entscheidungsfindungsprozess im Europäischen Parlament: von der Entscheidung der Konferenz der Ausschussvorsitzenden, welcher Ausschuss für das Legislativdokument zuständig ist, über die Verteilung der Punkte innerhalb des Ausschusses und die Zuweisung des Dokuments an eine bestimmte Fraktion, die Ernennung von Berichterstattern und Schattenberichterstattern bis hin zum gesamten Verhandlungsprozess, der Interaktion mit verschiedenen Interessengruppen, öffentlichen Anhörungen und der Präsentation wissenschaftlicher Forschungsstudien, bevor die Abgeordneten im Ausschuss und in der Plenarsitzung abstimmen. Während des Vortrags teilte ich auch meine Erfahrungen aus mehreren interinstitutionellen Verhandlungen über Rechtsvorschriften mit der Kommission und dem Rat. Wegen der Pandemie wurde die Vorlesung leider über die Zoom-Plattform und Facebook abgehalten. Um eine bessere Resonanz von den Studenten zu erhalten, haben wir mit Unterstützung des ausgezeichneten IT-Teams der Universität Pecs eine Online-Umfrage während der Vorlesung eingeführt, und es war interessant, die Antworten der Studenten am Ende der Vorlesung zu kommentieren. Aber das Beste war die Live-Interaktion und die Diskussion mit den Studenten. Ich hoffe, dass wir sehr bald die Gelegenheit haben werden, unser Wissen und unsere Erfahrung live mit Studenten und ihren Professoren in ihren Universitätsgebäuden zu teilen.

***Davor Skrlec***

Grüne/ EFA, Kroatien (2014-2019)

[davor.skrlec@gmail.com](mailto:davor.skrlec@gmail.com)

## **DISKUSSION ÜBER BESCHÄFTIGUNG UND SOZIALE RECHTE AN DER UNIVERSITÄT ILLINOIS**

Im November 2020 forderte das EU Center der Universität Illinois (UI) die ehemaligen MdEP über den VEM auf, im Rahmen des Programms der Universität „Das Europäische Parlament und Parlamentsmitglieder im Alltag“ ihre unterschiedlichen Erfahrungen zu präsentieren. Am 31. März 2021 nahm ich an einer Online-Diskussion zum Thema Beschäftigung und Soziales teil, bei der ich über meine Tätigkeit als Mitglied des EMPL-Ausschusses von 2014–2019 berichten wollte. Vorbereitend wurde in Absprache mit dem Organisator des Programms ein Format für die zweistündige Veranstaltung festgelegt, wobei vielfältige und teilweise konkurrierende Herausforderungen bestmöglich behandelt werden sollten:

- die verschiedenen Interessen sehr unterschiedlicher Teilnehmender (von Graduierten, die sich auf europäische Studien spezialisieren, bis hin zu Mitgliedern der allgemeinen Öffentlichkeit),
- die verschiedenen Themen (von der Untersuchung bestimmter EMPL-Fälle bis hin zu Aspekten des Alltags eines MdEP und des Lebens im Heimatland),
- die Vorgabe, die verschiedenen Themen in eine Reihenfolge zu bringen und ihnen ausreichend Zeit einzuräumen.

In meiner Präsentation versuchte ich, die schwierige Aufgabe zu beschreiben, den dringlichsten Problemen im Bereich Beschäftigung und Soziales in der Rechtsetzung und den Tätigkeiten des 8. EP mit Blick auf meine persönliche Beteiligung als Berichterstatter und Schattenberichterstatter für die Rechtsakte des Parlaments zur Einrichtung der Plattform zur Bekämpfung nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit (2016), zur Einrichtung der Europäischen Arbeitsbehörde (2019) und der Stellungnahme des EMPL-Ausschusses zur Ratifizierung des CETA (2017) Vorrang einzuräumen. Hauptsächlich wollte ich versuchen, dem Publikum zu vermitteln, welche Maßnahmen erforderlich sind, um die immer komplexeren Herausforderungen der sich drastisch verändernden Arbeitswelt, der anhaltenden Armut und der sozialen Ausgrenzung in den Vordergrund zu stellen und wirksam zu bewältigen. So versuchte ich auch, eine Verbindung zu den neuartigen politischen Maßnahmen der neuen US-Regierung herzustellen.

Die Darlegung dieser Hauptthemen meiner Präsentation musste ich mit einer Beschreibung des Wegs und der anhaltenden lebenslangen Verpflichtungen eines MdEP aus einem der Mitgliedstaaten, die am weitesten von Brüssel entfernt sind, und der Antwort auf Fragen zu meinem persönlichen familiären Hintergrund und früheren Ämtern in Bulgarien kombinieren. Ich hege die Sorge, dass sich diese Vielfalt an Anforderungen als hinderlich für eine zufriedenstellende Bewertung der wesentlichen Aspekte des Bereichs Beschäftigung und Soziales bei der Arbeit des EP von 2014–2019 erwiesen hat. Dies war vielleicht auch teilweise auf eine anfangs verzerrte und verwirrende Beschreibung meines Lebenslaufs zurückzuführen – ein Aspekt von Veranstaltungen dieser Art, der vermieden werden sollte.

Alles in allem sollten ähnliche Gelegenheiten für ehemalige MdEP, sich an Diskussionen über die Arbeit des Europäischen Parlaments an den drängendsten Themen von europäischen und globalem Interesse zu beteiligen, zweifellos in hohem Maße begrüßt werden und eine positive Reaktion erhalten.

**Georgi Pirinski**

S&D Bulgarien (2014–2019)

[georgi.g.pirinski@gmail.com](mailto:georgi.g.pirinski@gmail.com)

### **ZOOM-VIDEOKONFERENZ MIT STUDIERENDEN DER UNIVERSITY OF ILLINOIS**

Es hat etwas Befremdliches, sich von seinem Wohnzimmer aus mit Studierenden aus unterschiedlichen Teilen der Welt zu unterhalten. Es ist machbar; vieles bleibt jedoch auf der Strecke: die Unmittelbarkeit, der Überblick, den man hat, wenn man als Vortragender vor einer Gruppe steht, die Spontaneität. All das fehlte in meinem Vortrag vor Studierenden der University of Illinois am 29. April 2021. Und, ja, ich war erstaunt, festzustellen, dass sich die Teilnehmer der Videokonferenz gar nicht in Urbana-Champaign, sondern – wie ich – in Wien aufhielten. Bei den meisten von ihnen handelte es sich um Erasmus+-Studierende, die aufgrund der Pandemie nicht ins Ausland reisen konnten. Trotz alledem wurde mir bald klar, dass beide Seiten aus dem Vortrag Nutzen zogen. Jedenfalls tat ich das.

Als einmal gewähltes Mitglied des Europäischen Parlaments und ehemaliger Journalist bot sich mir die Gelegenheit, beide Tätigkeiten zu verbinden: Aufgrund meiner Erfahrungen als ehemaliger Auslandskorrespondent war es mir ein Leichtes, mich in den Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten einzugliedern, alles andere hingegen war, wie ich auch den Studierenden erzählte, Neuland für mich. Es dauert recht lange, bis man sich zwischen den Gebäuden in Brüssel und Straßburg zurechtfindet, und noch länger, bis man mit dem Ablauf der wöchentlichen Sitzungen vertraut ist. Neben der Plenartagung nimmt man an vielen weiteren Treffen teil, die in Räumen stattfinden, deren Nummern einem zu Beginn rein gar nichts darüber verraten, wo sie zu finden sind (PHS7C50 – wie bitte?). Und dann gibt es da natürlich all diejenigen, die ich – im Geheimen – als „Graurücken“ zu bezeichnen pflegte, Mitglieder, die schon so lange dabei sind, dass sie nicht nur die Gebäude in- und auswendig kennen, sondern, was noch viel wichtiger ist, genau wissen, wie sie ihre Interessen durchsetzen können. Worauf ich eigentlich hinauswollte, war, dass man Geduld haben, gleichzeitig jedoch darauf bestehen muss, nicht vollständig übergangen bzw. überhört zu werden. Meiner Erfahrung nach dauert es etwa zwei Jahre, bis man mit den Abläufen vertraut und für die anderen kein unbeschriebenes Blatt mehr ist. Wer kein unbeschriebenes Blatt

mehr ist, wird als Berichterstatter eingesetzt, darf ins Ausland reisen usw. Mir wurde bald klar, dass eines der grundlegenden Probleme des auswärtigen Handelns der Europäischen Union darin bestand, dass es häufig Einstimmigkeit verlangte. Wenn sich nicht alle einig werden, wird man sich in nichts einig. Damit muss endlich Schluss sein.

Unsere Welt ist so beschaffen, dass die EU nach außen bestimmt, geschlossen und selbstbewusst auftreten muss, wenn sie sich in die Riege der Großmächte einreihen will. Exemplarisch nannte ich Syrien. Hätte die Europäische Union 2011 – also lange bevor sich der Iran, die Türkei, Russland, der IS, Saudi-Arabien und viele weitere einschalteten und Bomben über Syrien abwarfen – einen Versuch für eine diplomatische Lösung für Syrien unternommen, hätte eine Vereinbarung zwischen den Konfliktparteien ausgehandelt werden können, sodass es niemals zu Zerstörung und Blutvergießen noch dazu gekommen wäre, dass Millionen von Menschen im eigenen Land die Flucht ergreifen oder – im Zuge der anschließenden Flüchtlingskrise – ins Ausland fliehen, wodurch der Konflikt auch auf uns überschwappte.

Die Studierenden lauschten gebannt dem Vortrag und stellten im Anschluss viele spannende Fragen. Sie waren offensichtlich bestens vorbereitet worden und schreckten nicht davor zurück, heikle Themen anzusprechen. An dieser Stelle möchte ich mich bei Prof. Jonathan Larson von der University of Illinois und Prof. Roman Pfefferle von der Universität Wien und nicht zuletzt bei den Studierenden für die ausgezeichnete Vorbereitung und den reibungslosen Ablauf dieses – hoffentlich – lehrreichen Abends bedanken.

### ***Eugen Freund***

S&D, Österreich (2014-2019)

[eugenfreund@gmail.com](mailto:eugenfreund@gmail.com)

## **ÄHNLICHKEITEN UND DIFFERENZEN ZWISCHEN DER EU UND DER ANASE**

Am 28. Mai 2021 durfte ich an der Universität von Malaya, Kuala Lumpur, eine Vorlesung zum Thema „Beziehungen EU-ASEAN“ halten. Aufgrund der wegen COVID 19 geltenden Reisebeschränkungen war dies allerdings nur per Zoom möglich. Da ich zuvor bereits in verschiedenen Ländern, darunter in der Türkei, in Schweden und in den USA, Vorlesungen per Videoschaltel gehalten habe, hatte ich damit zum Glück schon etwas Erfahrung. Zuallererst möchte ich betonen, dass Gastgeber, Zuhörer und der Co-Dozent in Kuala Lumpur bestens organisiert waren und die Herausforderungen einer solchen Videokonferenz mit einer erheblichen Zeitverschiebung zwischen Berlin und Kuala Lumpur problemlos meisterten. Ich hatte großes Glück, mit Edgar Nordmann einen Malaysia- und ASEAN-Fachmann „an meiner Seite“, d. h. in Kuala Lumpur, zu haben, während ich in Berlin geblieben bin. Edgar ist ein ausgewiesener deutscher Experte für diesen Teil der Welt: Er hat Malaysia viele Jahrzehnte

in Norddeutschland als Honorarkonsul vertreten, hat einen Wohnsitz in Malaysia und ist mit einer Malaysierin verheiratet. Deshalb hielt er sich während der Vorlesung und der Diskussion auch gerade in Kuala Lumpur auf. Er war Teil der Vorlesung selbst und zugleich engagierter Teilnehmer.

Im Mittelpunkt der Vorlesung standen die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen der EU und dem ASEAN, von denen ich hier nur einige wenige nennen möchte, wie etwa den offenkundigen Fakt, dass der ASEAN zwar weniger Mitgliedstaaten (10) als die EU (27) hat, seine Einwohnerzahl jedoch höher ist als die der EU.

Während die EU bestrebt ist, in möglichst vielen Bereichen eine gemeinsame Politik zu verfolgen, beschränkt sich der ASEAN mehr oder weniger darauf, sich um die Schaffung eines gemeinsamen Marktes für Waren und Dienstleistungen zu bemühen. Natürlich haben wir über eine ganze Reihe wirtschaftlicher Fragen diskutiert, wobei die wichtigste Frage wohl das Thema „Palmöl“ war. Offenbar vertritt die EU in dieser Frage einen eher einseitigen umweltpolitischen Standpunkt und lässt dabei die Tatsache außer Acht, dass quasi Millionen von Bürgerinnen und Bürger des ASEAN von der Herstellung und der Ausfuhr dieses Erzeugnisses leben. Daher wurde die Entscheidung der EU, einen Einfuhrstopp für Palmöl aus dem ASEAN zu verhängen und damit möglicherweise viele Familien in Armut zu stürzen, stark kritisiert. Es gibt jetzt aber vielleicht einen Hoffnungsschimmer, da sich die EU nun eigene, die Umwelt möglicherweise ähnlich stark belastende landwirtschaftliche Praktiken wie etwa den Anbau von Raps und Sonnenblumen zur Ölerzeugung anschauen möchte.

Als langjähriges Mitglied von Amnesty International war es mir außerdem wichtig, über die vielen Verstöße gegen die Menschenrechte, die Pressefreiheit und demokratische Grundsätze in der Mehrzahl der ASEAN-Mitgliedstaaten zu sprechen, wobei als jüngstes Beispiel der Militärputsch in Myanmar zu nennen ist. Die Tatsache, dass das in Jakarta ansässige ASEAN-Sekretariat diesen Punkt auf die Tagesordnung seiner letzten Sitzung vor ein paar Wochen gesetzt hat, war meines Erachtens ein erstes Zeichen dafür, dass der ASEAN die Vorgänge in den Mitgliedstaaten nicht fortwährend ignorieren will.

Ich habe meinen festen Glauben an die Globalisierung sowie meine Überzeugung zum Ausdruck gebracht, dass die Verbreitung von Demokratie, Menschenrechten und marktbasierten Volkswirtschaften nicht nur ein willkommenes Nebenprodukt der Globalisierung ist, sondern dass diese drei Elemente zusammengehören. Diese sind nicht – wie von Brüssel immer postuliert – „europäische Werte“, sondern es sind universelle Werte. Beispiele aus anderen Teilen der Welt belegen dies. So zeigen etwa Japan, Taiwan, Südkorea, Südafrika, Australien und Chile, dass es sich um globale, und nicht nur um „europäische“ Werte handelt.

Edgar Nordmann und ich haben die Teilnahme der Studierenden und Gastgeber beide als beeindruckend und zugleich erfrischend empfunden. Sehr überrascht hat mich auch die Zahl engagierter Frauen in der wohl weitgehend muslimischen Zuhörerschaft.

***Hans-Olaf Henkel***

EKR, Deutschland (2014-2019)

[henkel@hansolafhenkel.de](mailto:henkel@hansolafhenkel.de)

## VISIT UNDER THE EU PRESIDENCY

### **CIENCIA VIVA, EINE AUSGEZEICHNETE STRATEGIE FÜR DEN DIALOG ZWISCHEN WISSENSCHAFT UND GESELLSCHAFT**

Portugal verfügt über eine nationale Agentur für wissenschaftliche und technologische Kultur, die landesweit erfolgreich eine international anerkannte Strategie für den Dialog zwischen Wissenschaft und Gesellschaft fördert.

Die Agentur wurde unter dem Namen Ciência Viva (lebendige Wissenschaft) 1996 auf Initiative von Mariano Gago, dem damaligen Minister für Wissenschaft und Technologie, gegründet. Sie besteht heute aus einem Netz von 21 Wissenschaftszentren, die sich über das gesamte Land verteilen und in prestigeträchtigen Gebäuden untergebracht sind. Diese Zentren weisen eine starke lokale Verwurzelung auf und bilden die Triebkraft für eine soziale Bewegung zugunsten der Wissenschaft und der Wissenschaftskultur, die Hunderttausende Forscher und Bürger, Studierende und Lehrkräfte, junge Menschen und Erwachsene zusammenbringt.

Während unseres virtuellen Besuchs in Portugal anlässlich des portugiesischen Ratsvorsitzes trafen wir mit der Präsidentin Rosalia Vargas und der Exekutivdirektorin Ana Noronha zu einem interessanten Austausch zusammen. Sie erläuterten, wie über Ciência Viva Allianzen zwischen verschiedenen Bereichen der portugiesischen Gesellschaft – von Grundschulen bis hin zu Universitäten, von Unternehmen zu Forschungslabors, von lokalen Behörden bis hin zu privaten Vereinigungen und Berufsverbänden – gefördert werden. Dazu wurden beispielsweise im ganzen Land unter der Bezeichnung Ciência Viva mehr als 230 Clubs zu verschiedenen Wissensgebieten in öffentlichen und privaten Grund- und Sekundarschulen gegründet, an denen sich etwa 125 000 Schüler beteiligen. Ferner wurde ein Ciência-Viva-Netz von Landwirtschaftsbetrieben geschaffen, das überall im Land vertreten ist und sich je nach Produktionsschwerpunkt der Region mit einem spezifischen Thema befasst. Das Netz ist darauf ausgerichtet, Synergieeffekte zwischen Tradition und Innovation zu schaffen, die Bedeutung der Ressourcen vor Ort in engem Kontakt von Wissenschaft und Wirtschaft



herauszustellen, Unternehmertum zu fördern sowie Innovation und den wissenschaftlichen Dialog zu unterstützen.

Wir hatten die Gelegenheit, den Wissenspavillon von Ciência Viva, ein interaktives Wissenschafts- und Technologiemuseum, das seit 1999 der Öffentlichkeit zugänglich ist, virtuell zu besuchen. Der Wissenspavillon ist integraler Bestandteil des Netzes der Wissenschaftszentren von Ciência Viva und fungiert als treibende Kraft und Ressourcenzentrum für dieses Netz. Das Museum befindet sich im Gebäude des Architekten João Luís Carrilho da Graça, das er für die Weltausstellung 1998 als Wissenspavillon der Meere entworfen hatte. Dabei handelte es sich um einen der meistbesuchten Orte der Weltausstellung, für den Carrilho da Graça 1999 mit dem FAD-Architekturpreis ausgezeichnet wurde.

Der Pavillon beherbergt derzeit im Zusammenhang mit der Internationalen Aktionsdekade zum Wasser und mit Blick auf das UN-Ziel Nr. 6 für nachhaltige Entwicklung (Sauberes Wasser und Sanitäreinrichtungen für alle im Jahr 2030) eine interessante Ausstellung mit dem Titel „Wasser – eine ungefilterte Ausstellung“. Damit soll das Bewusstsein dafür geschärft werden, dass das Grundrecht auf Trinkwasser mit Hilfe von Wissenschaft, Technologie und dem Engagement aller Menschen Wirklichkeit werden kann.

Am 17. Juni fand im Wissenspavillon von Ciência Viva ein hochrangiges Rundtischgespräch über die von den Bürgern vorangetriebene Kreativwirtschaft sowie die Forschung und Innovation für Europa statt. In diesem Zusammenhang wurde das Manifest von Lissabon vorgestellt, mit dem die notwendige Stärkung der Kultur- und Kreativwirtschaft der EU hervorgehoben wird.

Der Besuch gestaltete sich sehr interessant. Einmal mehr wurde dabei betont, wie wichtig es ist, wirksame Kanäle für den Dialog zwischen Wissenschaft und Gesellschaft zu schaffen. Die Wissenschaftskultur ist heute eine Grundvoraussetzung für die Verwirklichung einer wahrhaft demokratischen und freien Gesellschaft, in der Wissen und Bildung an erster Stelle stehen. Ein starkes System von Wissenschaft und Innovation erfordert wiederum eine breite gesellschaftliche Unterstützung und eine Kultur, die wissenschaftliche Laufbahnen junger Menschen fördert.

***Teresa Riera Madurell***

S&D, Spanien (2004-2014)

[trierama@gmail.com](mailto:trierama@gmail.com)

## NEXT GENERATION

Wird die nächste Generation von Europäern in einer kohlenstoffneutralen Welt leben? Werden sie ein langes, gesundes Leben führen? Wird sich die Politik weiterhin auf die besten Erkenntnisse stützen?

Die Antwort auf diese Fragen liegt in unserer Fähigkeit, die nächsten Generationen für die Wissenschaft zu begeistern und die Wissenschaftskultur zu fördern.

Was wäre, wenn...? ist ein Motto, das uns auf neue Trends im Bildungswesen aufmerksam machen soll. Sechsjährige lernen das Alphabet, um Wörter und Sätze zu bilden, und Mathematik, um zu addieren, zu dividieren, zu multiplizieren... Was wäre, wenn das Bildungssystem sie dazu bringen würde, Codes zu schreiben, gemeinsame Projekte zu entwickeln oder Präsentationen für ein nationales und internationales Publikum zu halten? Was wäre, wenn sie sich in staatsbürgerlicher Verantwortung und Respekt für den Planeten üben würden?

Der Aufbau von Fähigkeiten zum kritischen Denken und die Unterstützung von Lehrern bei der Entwicklung eines projektorientierten, neugiergesteuerten Unterrichts stehen im Mittelpunkt der Praxis von Ciência Viva. Diese Fähigkeiten werden heute mehr denn je benötigt.

Die nächste Generation ist jetzt eingeschult worden und bereit, sich allen Herausforderungen und Innovationen zu stellen. Die Zeiten ändern sich, und das Bildungssystem muss mitziehen.

Wir bei Ciência Viva sind davon überzeugt, dass diese Arbeit nur durch Partnerschaften auf mehreren Ebenen erreicht werden kann: mit der wissenschaftlichen Gemeinschaft, den Schulen und den Entscheidungsträgern, insbesondere den lokalen Behörden. In den vergangenen 25 Jahren basierten unsere Programme auf ähnlichen Partnerschaften, die nur dank der Unterstützung des Ministeriums für Wissenschaft, Technologie und Hochschulbildung möglich waren, um die Zusammenarbeit der Wissenschaftler zu gewährleisten. Auch die politische Unterstützung des Bildungsministeriums war für die Entwicklung von Programmen in Schulen unerlässlich.

Partnerschaften führen zur Befähigung lokaler Akteure, die die Nachhaltigkeit der Programme und Initiativen gewährleisten. Über ein nationales Netzwerk von 21 Wissenschaftszentren entwickeln wir Aktivitäten zur Förderung der öffentlichen Auseinandersetzung mit der Wissenschaft und zur Förderung der Interaktion mit der wissenschaftlichen Gemeinschaft. In einigen dieser Wissenschaftszentren wurde ein Netz von 11 Museumsschulen - die Ciência-Viva-Schulen - eingerichtet, in denen Grundschulkinder zusammen mit ihren Lehrern in Ausstellungsräumen, Labors und auf Exkursionen lernen. Das Programm verbindet formale

Bildung mit aktivem Lernen außerhalb des Klassenzimmers, bei dem die Kinder Themen aus den Lehrplänen mit Experimenten, Emotionen und realer Praxis verbinden. Die Schüler der Ciência Viva-Schule treffen außerdem jede Woche einen Wissenschaftler, um die Bedeutung ihrer Arbeit kennenzulernen und die Forschung als mögliche Karriere für ihre Zukunft in Betracht zu ziehen.

Ein Netzwerk von 237 Wissenschaftsclubs in Schulen ermöglicht es Jugendlichen im ganzen Land, ihre eigenen wissenschaftlichen Projekte zu entwickeln, die von Hochschuleinrichtungen, Forschungslabors, Wissenschaftszentren und Museen unterstützt werden. Im Sommer bieten Praktika in Forschungslabors den Schülern der Sekundarstufe die Möglichkeit, Seite an Seite mit Wissenschaftlern echte Wissenschaft zu erleben.

Die Wissenschaftszentren stehen im Mittelpunkt dieser Aktionen. Ihre Ausstellungen bieten lebendige Gelegenheiten für die Auseinandersetzung der Bürger mit der Wissenschaft, indem sie den Dialog über ihre Anwendung in wichtigen Bereichen der Gesellschaft fördern, von der Gesundheit bis zur Umwelt, von der Lebensmittelversorgung bis zum Klimawandel. Sie bieten auch Plattformen für Innovationen, da sie den Kontakt zwischen verschiedenen Interessengruppen in einem informellen Rahmen fördern. Wir glauben, dass diese Netzwerke dazu beitragen werden, die nächste Generation von Europäern für eine nachhaltige und gerechte Zukunft zu fördern.

Ciência Viva ist die portugiesische Agentur für wissenschaftliche und technologische Kultur. Sie wurde vor 25 Jahren vom Minister für Wissenschaft und Technologie, José Mariano Gago, als gemeinnützige wissenschaftliche Vereinigung gegründet, der einige der wichtigsten portugiesischen Forschungseinrichtungen angehören.

***Rosalia Vargas***

Präsidentin de Ciencia Viva

***Ana Noronha***

Geschäftsführende Direktorin

[anoronha@ienciaviva.pt](mailto:anoronha@ienciaviva.pt)

## **DER VIRTUELLE BESUCH UNSERES VERBANDS IN PORTUGAL**

Der virtuelle Besuch unseres Verbands in Portugal war eine hervorragende Gelegenheit, sich das Programm des portugiesischen Ratsvorsitzes von den dafür Verantwortlichen selbst erläutern zu lassen.

In den Ausführungen von Herrn Filipe, Staatspräsident Marcelo Rebelo de Sousa, Herrn Capoulas, Herrn Vieira da Silva, Herrn Valente und Frau Zacarias wurden die wichtigsten Aspekte des Programms aufgezeigt.

Angesichts meines akademischen Hintergrunds möchte ich mich dabei auf das neue Programm Erasmus+ für den Zeitraum von 2021 bis 2027 konzentrieren.

Meines Erachtens ist das im Jahr 1987 aufgelegte Erasmus-Programm eine der erfolgreichsten Maßnahmen der EU im Hinblick auf die Mobilität der Menschen und den Zusammenhalt der Länder, und zwar nicht durch Geldflüsse, sondern durch die Erweiterung der Kenntnisse über die Bildung, Kultur und Sprache von Drittländern sowie durch das Zusammenleben von Studenten aus verschiedenen Ländern.

In Vereinbarungen zwischen Hochschulen wurde auch verlangt, dass durch die Mobilität von Lehrkräften und nicht pädagogischen Führungskräften alle Aspekte des Programms abgedeckt werden, und Englisch hat sich bei der Durchführung von Kursen und der Kommunikation zwischen Studenten aus unterschiedlichen Ländern und sogar zwischen Studenten desselben Landes etabliert.

Das neue Programm Erasmus+ für den Zeitraum von 2021 bis 2027 wird ein sehr wichtiger Schritt nach vorne sein, nicht nur, weil sich das Budget fast verdoppelt hat, sondern auch weil seine Ziele erweitert wurden, wobei der Schwerpunkt auf Inklusion, Nachhaltigkeit und fortschreitenden digitalen Innovationen liegt.

Im Hinblick auf die Inklusion ist es wichtig, dass mehr junge Menschen mit unterschiedlichem sozialem und kulturellem Hintergrund Zugang zu dem Programm erhalten, indem ihnen entsprechende Informationen und Antragsformulare zur Verfügung gestellt werden und indem die Stipendien ausgeweitet werden, damit das Einkommen der Eltern künftig kein Hindernis mehr darstellt. Durch die Einbeziehung von Menschen aus der Sekundarschulbildung und der Berufsausbildung und durch den Austausch von Verfahren werden immer mehr potenziell interessierte junge Menschen Kenntnisse auf das Programm aufmerksam gemacht.

Nachhaltigkeit ist als eigenes Thema ein zentraler Aspekt des Programms, auch wenn es meines Erachtens bei sehr langen Reisen nicht immer möglich sein wird, Flugreisen durch Bahn- oder Flugreisen zu ersetzen.

Digitale Innovation ist von entscheidender Bedeutung, wie die derzeitige Covid-19-Krise gezeigt hat. Der Unterricht sowie Seminare und Tutorien fanden in dieser Zeit überwiegend per Internet statt, aber auch bei der digitalen Verwaltung müssen Fortschritte erzielt werden, um die noch bestehende übermäßige papiergestützte Bürokratie abzubauen.

Darüber hinaus muss eine Reihe von Fragen angesprochen werden, wie etwa die Ausweitung der Krankenversicherung um einen Versicherungsschutz im Falle von Diebstahl des

Mobiltelefons, des Computers oder des Fahrrads und die Koordinierung der Gesundheitsbestimmungen in den einzelnen Ländern, indem vielleicht vorgeschlagen wird, diese Gruppe trotz ihres jungen Alters vorrangig zu impfen.

Wir sollten uns dazu beglückwünschen, dass nach dem starken Rückgang der Bewerbungen im vergangenen Jahr nun die Zahlen aus der Zeit vor der Pandemie wieder erreicht wurden, was zeigt, dass junge Europäer trotz aller Widrigkeiten bestrebt sind, den Prozess der Europäisierung ihres Lebens fortzusetzen.

***Teresa Domingo Segara***

Spanien (NA 1993-1994)

(GUE 1989-1993)

[teresado3@hotmail.com](mailto:teresado3@hotmail.com)

## **WAS WOLLEN WIR SCHLISSLICH FÜR EUROPA?**

Eineinhalb Jahre nachdem COVID-19 „hier zu Hause“ in Europa ausgebrochen ist, beginnt endlich die Debatte darüber, was wir für uns selbst wollen. In den letzten Jahren hat sich der politische Diskurs hauptsächlich auf die einzelstaatlichen politischen Maßnahmen konzentriert. Dass wir nicht schon früher über Europa debattiert haben, war ein Fehler; es hat nicht dazu beigetragen, die Bürgerbeteiligung zu fördern. Doch nun wurde die Konferenz zur Zukunft Europas ins Leben gerufen – eine Initiative, die ich sehr begrüße und deren einziger Makel darin besteht, dass sie überfällig ist.

Ich bin Vorsitzender des Nationalen Jugendrates; bei der letzten Wahl zum Europäischen Parlament lag die Stimmenthaltung bei über 70 %. Ich glaube nicht, dass diese Zahl bedeutet, dass sich die Portugiesen und die Europäer nicht mehr mit Europa identifizieren. Eine Sache wird erst dann überflüssig, wenn wir gut ohne sie auskommen. Wir würden ohne die Europäische Union (EU) nicht gut zurechtkommen.

Die EU kofinanziert 70 % der Zahlungen für Hochschulstipendien im Bereich der sozialen Maßnahmen. Allein in diesem akademischen Jahr haben in Portugal bereits mehr als 70 000 Studierende diese Stipendien in Anspruch genommen. Ferner hatten bzw. haben in diesem Jahr mehr als 7 000 junge Menschen die Möglichkeit, im Rahmen des Mobilitätsprogramms Erasmus+ ein Semester in einem anderen Mitgliedstaat zu studieren. Der Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit ist vor allem auf die EU-Mittel zurückzuführen, mit denen es ermöglicht wurde, aktive Beschäftigungsmaßnahmen zu unterstützen.

Es besteht kein Zweifel an dem großen Einfluss, den die EU auf unsere Zukunft hat; es ist daher unsere Pflicht, aktiv am Aufbau eines Europas mitzuwirken, das unseren Idealen und

Erwartungen entspricht. Dies ist die richtige Gelegenheit – eine Gelegenheit, bei der jeder von uns mit seiner Idee, seiner Vision und seiner Meinung einen Beitrag leisten kann und sollte. Die EU ist eine Organisation *sui generis*; sie ist einzigartig und anders als alle anderen Organisationen. Es handelt sich um ein politisches System, das sich ständig im Aufbau befindet, und jede Wahl zum Europäischen Parlament muss eine neue Gelegenheit darstellen, diesen Prozess zu vertiefen.

Sowohl intern als auch extern gibt es konstant Veränderungen und Herausforderungen. Vor 20 Jahren – zur Jahrtausendwende – setzte sich die EU das Ziel, eine wissensbasierte, wettbewerbsfähigere und dynamischere Wirtschaft zu werden, die sich auf die Förderung von CO<sub>2</sub>-armen Industriezweigen, Investitionen in Forschung und Entwicklung, den Ausbau der digitalen Wirtschaft und die Modernisierung der allgemeinen und beruflichen Bildung konzentriert.

Viele dieser Ziele wurden im Rahmen der Strategie Europa 2020 erneuert und auf eine neue Strategie für ein neues Jahrzehnt übertragen. Europa gab das Tempo vor, und Portugal trat in seine Fußstapfen.

3 % des BIP in Innovation und Entwicklung zu investieren, ist ein Ziel, das schon 20 Jahre alt ist! Der europäische Durchschnitt liegt derzeit bei 2,07 %. In Portugal liegt der Wert bei 1,33 %. Die europäische Volkswirtschaft wird nicht in der Lage sein, mit den USA und Japan oder gar mit den aufstrebenden Volkswirtschaften Chinas und Indiens in Wettbewerb zu stehen, wenn sie dieses Ziel nicht ernster nimmt.

Die EU muss eine wirkliche Strategie festlegen und diese gemeinsam mit ihren Bürgerinnen und Bürgern definieren, damit sich die Bürgerinnen und Bürger für das europäische Aufbauwerk einsetzen und es unterstützen. Es soll sich um eine branchenübergreifende Strategie handeln, die über die bloße Umsetzung von Mitteln in jedem einzelnen Förderbereich hinausgeht. Im Laufe dieses Jahres wird Europa gezwungen sein, sich neu zu erfinden. Lassen Sie uns nun über Europa debattieren, damit wir von hier aus die Grundlagen für die Erarbeitung und Umsetzung des besten Gesellschaftsmodells schaffen können, das die Welt je gesehen hat.

***João Pedro Videira***

Vorsitzender des portugiesischen Nationalen Jugendrates

[joao.videira@cni.pt](mailto:joao.videira@cni.pt)

## COOPERATION WITH THE HEH

### ZUSAMMENARBEIT MIT DER HEG

Brüssel, 12. Mai 2021

Gemeinsame Präsidentschaft der Konferenz über die Zukunft von Europas

Premierminister António Costa

Präsident David Maria Sassoli

Präsidentin Ursula von der Leyen

Re: Das Haus der Europäischen Geschichte und die Bedeutung der Lehre der europäischen Geschichte.

Sehr geehrte Präsidentinnen und Präsidenten,

ich schreibe Ihnen zu diesem entscheidenden Moment in der Geschichte der Europäischen Union, in meiner in meiner Eigenschaft als Vorsitzender des Kuratoriums des Hauses der Europäischen Geschichte (HEG). Wie Sie vielleicht wissen, ist das HEG - ein Projekt des Europäischen Parlaments, unterstützt von der Europäischen Kommission- ist einzigartig in der Vermittlung der vielfältigen Geschichte Europas in einem Museumskontext zu vermitteln. Seit seiner Eröffnung im Jahr 2017, hat das Museum eine kohärente Bildungsbotschaft - über unseren vielfältigen Kontinent und Kontinent und darüber hinaus - an Lehrkräfte, Schüler und viele andere Zielgruppen. Sie hat Ressourcen für das Erlernen der Geschichte geschaffen Ressourcen geschaffen, die mit Lehrplänen vereinbar sind (von denen die meisten die sich derzeit vorhersehbarerweise auf nationale Narrative). Das HEG ist wirklich innovativ indem es den Besucher oder Schüler auffordert Schüler auffordert, die Geschichte zu hinterfragen und unsere aktuellen Erfolge und Rückschläge vor dem historischen Prozessen und Ereignissen, die zur Definition des europäischen Kontinent, die EU und ihre Völker geprägt haben. Im Mittelpunkt des Lernprozesses und der Ressourcen der HEG ist die Entwicklung von kritischem und analytischen Denkens und der Fähigkeit, Fragen zu stellen. Alle Lernmaterialien die für Lehrer entwickelt wurden aber auch für Schüler, Familien gehen von einer fragenden und ermutigen Lernenden aller Altersgruppen zu untersuchen und zu bewerten, was sie sehen, hören, lesen und erleben. Die HEG schafft auch ein Forum für den Austausch von Ansichten und bewährten Verfahren, das sich an ein breites Spektrum von Lernfachleuten und Praktiker, darunter Lehrer, Museumspädagogen, historische Vereine und Netzwerke. Dieser Ansatz, der Folgendes kombiniert historischer Inhalte auf hohem Niveau und die Förderung von kritischem Denkens, war zentral für den anhaltenden Erfolg des Hauses der Europäischen Geschichte. Es entwickelt sein digitales Profil und erweitert seine Reichweite. Ich denke jedoch wir sind uns alle einig, dass wir mehr tun müssen. Wir sind uns alle bewusst, dass wir als engagierte Europäer mit einem beispiellosen mit einem noch nie dagewesenen Angriff auf

Lernen und Fachwissen konfrontiert sind: Ich möchte darauf drängen, dass der Unterricht der europäischen Geschichte nicht ein weiteres Opfer in diesem Wettlauf nach unten. Deshalb nutze ich diese Gelegenheit, Sie als die Präsidenten der Konferenz über die Zukunft Europas, zu bitten eine ausdrückliche Verpflichtung einzugehen zur Verstärkung Investitionen in der Lehre der europäischen Geschichte in der gesamten Europäischen Union, insbesondere in Schulen.

Die Kommentare im HEG Besucherbuch von britischen Besuchern im 2018/2019, die besagen, dass "wenn sie nur die HEH besucht hätten vor dem Referendum in Großbritannien besucht hätten, wären Sie besser informiert gewesen", kann kein Einzelfall sein und verdienen eine Reaktion auf europäischer Ebene.

Mit freundlichen Grüßen,

***Dr. Hans-Gert Pöttering***

Vorsitzender des Kuratoriums der HEH

Ehemaliger Präsident des

Europäischen Parlaments

**AUSZÜGE AUS DEM ANTWORTSCHREIBEN VON URSULA VON DER LEYEN,  
PRÄSIDENTIN DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION.**

Brussels, 28.07.2021

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

Geschichte spielt eine entscheidende Rolle, wenn wir unsere Bürgerinnen und Bürger stärker in den Kreislauf der politischen Entscheidungsfindung auf nationaler und europäischer Ebene einbeziehen wollen und wenn wir von ihnen erwarten, dass sie die Herausforderungen unserer Gesellschaft unterstützend und proaktiv angehen.

Ohne historisches Wissen und die Lehren, die wir daraus ziehen, ist es schwierig, sich mit den politischen, sozialen oder ethischen Fragen unserer Gesellschaft auseinanderzusetzen und eine informierte Gesellschaft zu schaffen, die für eine wirksame Beteiligung an demokratischen Prozessen unerlässlich ist.

Ich stimme zu, dass wir mit großen Herausforderungen konfrontiert sind, und Bildung ist zweifellos ein Teil der Lösung. Die Bildung braucht und verdient einen Aufschwung, insbesondere auf der Ebene der allgemeinen Bildung. Wir müssen mehr tun und unsere Anstrengungen besser koordinieren.



Vizepräsident Schinas setzt sich für die Förderung des europäischen Lebensstils ein. Gemeinsam mit Kommissar Gabriel, der auch Mitglied des Gremiums ist, dem Sie vorstehen, setzt er sich für die Verwirklichung des Europäischen Bildungsraums ein.

In diesem Zusammenhang richten meine Dienststellen eine spezielle Arbeitsgruppe zum Thema Gleichstellung und Werte in der allgemeinen und beruflichen Bildung ein. Sie wird den Austausch mit den Mitgliedstaaten zu relevanten EU-Themen ermöglichen, einschließlich der Förderung des Wissens über die Geschichte der Europäischen Union.

Konkret hat das Programm Erasmus + die Aktion Jean Monnet im Bereich der allgemeinen Bildung erweitert. Es werden Zuschüsse für die Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften sowie für eine neue EU-Initiative zum Thema Lernen angeboten, um EU-Themen in die Klassenzimmer, Schulen und Berufsbildungseinrichtungen zu bringen. Auf diese Weise wollen wir im Einklang mit den Zielen des Hauses der Europäischen Geschichte den historischen Kontext stärken. Diese Maßnahmen tragen dazu bei, aktuelles Material zu EU-Themen zu entwickeln, so dass Lehrer Zugang zu modernen Methoden in Fächern mit Bezug zur Europäischen Union haben, um Schulen bei der Gestaltung und Integration von EU-Inhalten in ihre Aktivitäten zu unterstützen.

Die Kommission macht auch Fortschritte bei der Stärkung der Beziehungen zum Europarat, insbesondere bei der Bewertung der besten Methoden, um zu den Aktivitäten der neu eingerichteten Beobachtungsstelle für den Geschichtsunterricht beizutragen und diese zu unterstützen.

Ich beglückwünsche Sie zu der beeindruckenden Arbeit des Hauses der Europäischen Geschichte, die die Bemühungen der Europäischen Kommission ergänzt und die unsere volle Unterstützung hat.

Mit freundlichen Grüßen,

***Ursula von der Leyen***

Präsidentin der Europäischen Kommission

## FOCUS

### GENDER UND NEXTGENERATIONEU

Das Aufbauinstrument NextGenerationEU (NGEU), das vom Europäischen Rat im Juli 2020 eingerichtet wurde, um die von der COVID-19-Pandemie heimgesuchten Mitgliedstaaten zu unterstützen, dient dazu, die Schäden durch Investitionen in die grüne und digitale Wirtschaft mit einem Maßnahmenpaket und wirtschaftlichen Anreizen auszugleichen.

Es ist wichtig, daran zu erinnern, dass es sich dabei nicht nur um einen Aufbauplan handelt, sondern auch um eine einmalige Gelegenheit, gestärkt aus der Pandemie hervorzugehen, unsere Volkswirtschaften und Gesellschaften umzugestalten, Chancen und Arbeitsplätze zu schaffen und Europa widerstandsfähiger und gerechter zu machen.

Die Mittel werden auf die Mitgliedstaaten aufgeteilt, je nachdem, wie sich COVID-19 auf deren Volkswirtschaft ausgewirkt hat, und sind von der Vorlage eines nationalen Plans abhängig, in dem Reformmaßnahmen und Investitionen bis 2026 dargelegt werden, mit welchen eine Strukturreform des Landes ermöglicht wird.

In dieser ersten Phase wurde der nationale Aufbau- und Resilienzplan von zwölf Mitgliedstaaten angenommen, nämlich von Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien, Lettland, Luxemburg, Österreich, Portugal, der Slowakei und Spanien. In den einzelnen nationalen Plänen wurden vorab festgelegte Kriterien erfüllt, wobei der Schwerpunkt auf Investitionsprojekten und Ausgaben für bestimmte Bereiche, sogenannte „Säulen“ gelegt wurde, darunter der ökologische und der digitale Wandel, intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum sowie der gesellschaftliche und der territoriale Zusammenhalt.

Da sich durch die Coronavirus-Krise Ungleichheiten noch stärker als bisher abgezeichnet haben, hat man sich bei NextGenerationEU eine „gerechtere Zukunft“ als Ziel gesetzt, indem die Gleichstellung der Geschlechter in allen Bereichen unterstützt und zusammen mit der Stärkung der Position der Frau in der Gesellschaft im Sinne gleicher wirtschaftlicher und sozialer Chancen für alle gefördert wird.

Der italienische Vorsitz in der G20 – dem internationalen Forum, in dem die führenden Volkswirtschaften der Welt zusammenkommen – hat zudem darauf hingewiesen, dass die Menschheit mit enormen globalen Herausforderungen konfrontiert ist, die direkte Auswirkungen auf das Leben und das Wohlergehen der Weltbevölkerung haben. Die G20 ist sich ihrer Rolle bewusst und setzt sich nachdrücklich dafür ein, aufeinander abgestimmte, faire und wirksame Lösungen zu finden, die den Weg in Richtung einer besseren und nachhaltigen Zukunft ebnen können.

Die Pandemie hat tiefgreifende Schäden verursacht, die sich negativ auf die Gesundheitssysteme, die Armutsindikatoren, die Weltkonjunktur und den Klimawandel ausgewirkt sowie zunehmende Ungleichheiten bewirkt haben. Die gemeinsame Arbeit an Lösungen für eine bessere Erholung der Wirtschaft und für ein in stärkerem Maße ökologisches und widerstandsfähiges Wachstum ist dabei von entscheidender Bedeutung. In einer zunehmend vernetzten Welt ist der Multilateralismus der Schlüssel zur Bewältigung von Herausforderungen wie der Gleichstellung der Geschlechter, die zum ersten Mal von zentraler Bedeutung für die G20 ist, und zwar mit konkreten Vorschläge zur Arbeitswelt, zur Unterstützung von entsprechenden Dienstleistungen und zu Anreizen für Unternehmen, Frauen bei ihrem beruflichen Werdegang zu fördern. Auf dem Treffen der „G20 Women“ hat man sich vom 13. bis 15. Juli in Rom unter anderem mit folgenden Schlüsselthemen befasst: den Maßnahmen gegen Gewalt gegen Frauen, dem Schutz von Mädchen, der Arbeitslosigkeit von Frauen und dem geschlechtsspezifischen Lohngefälle.

Mehr noch als von Gleichheit müssen wir von „Gerechtigkeit“ sprechen, um eine faire und gerechte Gesellschaft mit angemessenen und verhältnismäßigen sozialen Diensten und einer entsprechenden Infrastruktur für alle Bedürfnisse zu erschaffen. Im Bereich der Kultur und Bildung bleibt noch viel zu tun, insbesondere angesichts der Frauenmorde und der Gewalt gegen Frauen, die während der Pandemie leider exponentiell zugenommen hat. Daher muss sowohl in wirtschaftliche Ressourcen als auch in die Menschen investiert werden, damit die im Rahmen von NextGenerationEU ermittelten Herausforderungen gerecht und mit Unterstützung aller, insbesondere junger Menschen, bewältigt werden können.

NGEU verweist auf einen Plan für die kommende Generation in der EU und kann wirklich eine Investition in die Zukunft junger Menschen bedeuten, wenn wir ihnen eine Stimme geben.

**Monica Baldi**

EPP-ED, Italien (1994-1999)

[baldi@monicabaldi.eu](mailto:baldi@monicabaldi.eu)

## **DIE NEUGESTALTUNG EUROPAS: DIE EINBINDUNG DER JÜNGEREN GENERATION IST FÜR DIE ZUKUNFT ENTSCHEIDEND**

Im Zuge der COVID-19-Pandemie zeigten sich die Versäumnisse, Brüche und Spaltungen in unserer Gesellschaft, wobei die jüngere Generation besonders hart getroffen wurde. Noch mehr als andere bekamen junge Menschen die Folgen der Wirtschaftskrise zu spüren, die sich aufgrund der in den meisten Ländern zur Eindämmung der Pandemie beschlossenen Lockdowns einstellte. Aus einem aktuellen Bericht der Internationalen Arbeitsorganisation

geht hervor, dass Arbeitnehmer im Alter zwischen 15 und 24 Jahren weltweit einen 2,5-mal stärkeren Rückgang der Beschäftigung hinnehmen mussten als ältere Menschen. Schulen haben den Präsenzunterricht aufgegeben und ihr Heil in digitalen Plattformen gesucht und dabei auf Lernmethoden zurückgegriffen, die sich nicht immer als geeignet erwiesen haben. Die Gelegenheiten zur Vernetzung mit Unternehmen, die von Hochschulstudenten genutzt wurden, um sich weiterzubilden, sind zusammengebrochen. Der Zugang zu Arbeit ist schwieriger geworden. Dadurch wurde ein mittelfristiger Trend beschleunigt: Nach Angaben der OECD hatten weniger junge Menschen Zugang zu hochwertigen Arbeitsplätzen mit mittlerem Qualifizierungsniveau als es Personen gab, die in den letzten beiden Jahrzehnten solche Arbeitsplätze verlassen haben (OECD). Und dies hat nicht nur demografische Gründe.

Die Polarisierung wirtschaftlicher Ressourcen ist ein grundlegendes Problem, das insbesondere junge Menschen benachteiligt. Mehrere Analysen der Vermögensverteilung deuten auf eine Konzentration von Ressourcen im obersten Perzentil hin. Seit 2016 liegt mehr als die Hälfte des weltweiten Vermögens in den Händen des reichsten Prozents der Weltbevölkerung (Oxfam). Und je größer die Ungleichheit, desto geringer ist die soziale Mobilität (The Spirit Level). In vielen Fällen geht dies mit einem relativen Rückgang des Beschäftigungsangebots für die Mittelschicht einher, während das Wachstum der Beschäftigung vertikal polarisiert ist (OECD). Bei jungen Menschen äußern sich diese Phänomene in größeren Schwierigkeiten, Zugang zu Möglichkeiten der beruflichen Entwicklung zu erhalten: Selbstverständlich gibt es immer Wege, prekäre Arbeitsplätze in der Gig-Ökonomie zu finden, aber die Türen sind recht verschlossen, wenn es um den Zugang zu hochwertigen Arbeitsplätzen geht (David Blanchflower). Diese fehlende Hoffnung für die Zukunft schlägt sich in Empörung und einer Hinwendung zu alternativen politischen Konzepten nieder, was den zunehmenden Bruch in der Gesellschaft zwischen alten und neuen Denkweisen verdeutlicht (Manuel Castells – Networks of Outrage and Hope).

Wir brauchen jedoch die Ideen der jüngeren Generation, um uns anpassen zu können. Wir brauchen den Beitrag der „Digital Natives“, um besser zu verstehen, wie wir die Herausforderungen, die diese Technologien mit sich bringen, aus unterschiedlichen Perspektiven betrachten können. Wir brauchen ihre Kreativität und ihre Träume für den Wandel. Keynes drückte es einmal so aus: „Die Schwierigkeit liegt nicht so sehr darin, neue Ideen zu entwickeln, als sich von alten Vorstellungen zu befreien“.

In einer vernetzten Gesellschaft, deren Grundlagen digitale Medien und die Finanzwirtschaft bilden, werden Ressourcen nahezu organisch polarisiert, zumal es an geeigneten Korrektiven und Anreizen für Alternativen mangelt. Europa hat seit Langem eine Überarbeitung der Vorschriften im Bereich Datenschutz, künstliche Intelligenz und digitale Dienste im Rahmen eines menschenrechtsrelevanten Ansatzes eingeleitet. Es wurde überlegt, Innovationen auf ökologischen Wandel und Nachhaltigkeit auszurichten, ohne dabei die wichtigen Themen der sozialen Inklusion zu vernachlässigen. Allerdings wurden junge Menschen nicht ins Zentrum

der europäischen Politik gerückt. Bei der Aufgabe, Europa neu zu gestalten, geht es auch darum, jungen Menschen Türen zu öffnen, ob sie nun außergewöhnliche Begabungen besitzen oder nicht. Die Leistungen der Ersteren dürfen die Bedeutung der Ziele im Bereich der Lebensqualität für alle nicht aufheben. Die gemeinsame Grundlage lässt sich leicht finden: Junge Menschen erkennen die Bedeutung des ökologischen Wandels am besten und treten aktiv dafür ein, den Lauf der Geschichte zu ändern und sie in eine umweltfreundliche Richtung zu lenken. Wenn Europa eine Zukunft haben soll, muss es anerkennen, dass diese Zukunft von denjenigen geschrieben wird, die sie noch vor sich haben.

Wäre dies möglich, ohne die jungen Menschen einzubinden und auf sie zu hören? „Re-Imagine Europa“ hat einen Weg von Forschung und Handeln aufgezeigt, um die jüngere Generation in die Generierung von Ideen und Projekten einzubeziehen, eine Plattform für die emotionale und rationale Einbeziehung in die Mitgestaltung von Möglichkeiten für die Erzeugung von Lebensqualität und den Ausdruck von Ideen. Die Narrative, die junge Menschen heutzutage in ihren Ängsten, ihrem Desinteresse und ihrer Unsicherheit zu überwältigen scheinen, können verändert werden. Und das System von Plattformen, in deren Rahmen junge Menschen heutzutage ihre Sozialität erfahren, können mit Alternativen bereichert werden, um eine Vielfalt zu fördern, die sich nicht spalterisch auswirkt.

***Erika Widegren***

Geschäftsführende Direktorin von Re-Imagine Europa (RIE).

[erika.widegren@reimagine-europa.eu](mailto:erika.widegren@reimagine-europa.eu)

***Luca De Biase***

Forschungs- und Mediendirektor von Re-Imagine Europa (RIE).

[luca.debiase@reimagine-europa.eu](mailto:luca.debiase@reimagine-europa.eu)

**COVID-19 KÖNNTE DAZU FÜHREN, DASS EINE WEITERE GENERATION VON JUNGEN MENSCHEN ZURÜCKGELASSEN WIRD**

Nach der letzten Finanzkrise litten die jungen Menschen in Europa unverhältnismäßig stark unter der hohen und anhaltenden Arbeitslosigkeit und den verlorenen Chancen. In manchen Ländern wie Italien und Spanien verharrte die Jugendarbeitslosigkeit bereits vor der Pandemie auf einem höheren Niveau als vor der weltweiten Finanzkrise. Es würde weitere zehn Jahre dauern, bis ein erneuter Anstieg der Arbeitslosigkeit aufgrund von COVID-19 überwunden wäre. Dennoch scheint die Verhinderung von Jugendarbeitslosigkeit auf der Agenda für die Erholung keine hohe Priorität zu haben: Die führenden Politiker Europas

sollten unverzüglich einschneidende Maßnahmen ergreifen, um zu verhindern, dass eine Generation auf der Strecke bleibt.

Mehr als eine Million Menschen zwischen 15 und 24 Jahren haben seit März 2020 in der Europäischen Union aufgrund der Pandemie ihren Arbeitsplatz verloren. Die Jugendarbeitslosigkeit stieg zwischen März 2020 und März 2021 von 15 % auf 17 %. Die Arbeitslosigkeit der über 25-Jährigen hingegen war rund 2,5-mal niedriger und nahm um weniger als 1 % zu. Manche Mitgliedstaaten der Europäischen Union wie Spanien und Litauen traf es zudem noch härter: Die Jugendarbeitslosigkeit in Spanien stieg von 32,5 % im Jahr 2019 auf 38 % im Jahr 2020, während die Jugendarbeitslosigkeit in Litauen im selben Zeitraum von 12 % auf 20 % schnellte.

Die Arbeitslosenquote vermittelt uns jedoch kein vollständiges Bild, da manche jungen Menschen keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld haben. In der Regel verfügen sie nicht über ausreichend Arbeitserfahrung. Ein Blick auf die Beschäftigungsquote zeigt, dass der Rückgang bei den Jungen noch deutlicher ist. Dies mag daran liegen, dass junge Menschen in den Branchen tätig sind, die wie das Hotel- und Gaststättengewerbe am stärksten betroffen waren. Ein weiterer Grund könnte jedoch der unzureichende Sozialschutz der jungen Arbeitnehmer sein. In Polen, wo so viele junge Menschen aus dem Arbeitsmarkt ausschieden wie nirgendwo sonst, hat ein erheblicher Anteil der jungen Menschen – rund 150 000 – nie Arbeitslosenunterstützung in Anspruch genommen. Voraussetzung für den Bezug von Arbeitslosengeld ist ein Jahr Berufserfahrung, was für junge Arbeitnehmer nicht viel ist.

Eine längere Arbeitslosigkeit (mehr als ein halbes Jahr) schadet den Verdienstaussichten, der Berufslaufbahn und der psychischen Gesundheit. Hinzu kommt, dass die Indikatoren für die Beschäftigung und die allgemeine und berufliche Bildung von jungen Menschen nach der jüngsten Finanzkrise in den Ländern mit hoher Arbeitslosenquote nicht gestiegen sind, was zeigt, dass eine erfolglose Arbeitssuche den Blick in die Zukunft trübt.

Europa kann es sich nicht leisten, seine Jugend erneut im Stich zu lassen. Die Organe der Europäischen Union und die politischen Entscheidungsträger der Mitgliedstaaten müssen entschlossen handeln, um zu vermeiden, dass eine weitere Generation auf der Strecke bleibt. Erstens hat eine solide europäische makroökonomische Politik Vorrang. Die Dauer der letzten Rezession hat die Erholung der Jugendbeschäftigung in der Europäischen Union beeinträchtigt. Die verfrühte Verschärfung der Geld- und Fiskalpolitik hat die wirtschaftliche Erholung gebremst. Nach dem Ausbruch der COVID-19-Pandemie wiederholten die politischen Entscheidungsträger in Europa diesen Fehler nicht und reagierten stattdessen mit einer angemessenen Geld- und Fiskalpolitik. Dennoch müssen die Länder ihre Unterstützung auch in den Jahren 2022 und 2023 fortsetzen.

Zweitens müssen die politischen Entscheidungsträger gezielte Programme aufstellen, um die Einstellung und Bindung von jungen Arbeitnehmern zu unterstützen. Die Europäische Kommission hat versucht, dieses Problem mit dem Paket zur Förderung der Jugendbeschäftigung zu bewältigen, das unter anderem ein bewährtes Instrument aus der

Vergangenheit, die Jugendgarantie, wiederbelebt, und hat darüber hinaus „Eine Brücke ins Arbeitsleben“, ihren Vorschlag zur beruflichen Aus- und Weiterbildung und zur Lehrlingsausbildung, ausgeweitet. Doch das allein reicht vielleicht nicht aus. Die politischen Entscheidungsträger in den Mitgliedstaaten müssen ihre Haushaltsmittel auf die Jugendbeschäftigung und die Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten ausrichten.

Nach der weltweiten Finanzkrise wurden die Mittel für Bildung und Investitionen und die Ausgaben für Familien in vielen Teilen Europas auf dem Rücken der Jugend gekürzt. Das darf diesmal nicht passieren. Fernunterricht hat dazu geführt, dass viele Kinder, insbesondere aus einkommensschwachen Familien, dem Unterricht nicht unter angemessenen Bedingungen folgen können. Viele Länder zahlen einen hohen Preis für die langsame Digitalisierung von Schulen und Universitäten. In vielen Schulen in Deutschland fehlt es mehr als ein halbes Jahr nach Ausbruch der COVID-19-Pandemie noch immer an geeigneten Systemen für den Online-Unterricht.

Es ist den geld- und fiskalpolitischen Programmen zu verdanken, dass derzeit massiv investiert wird. Eine gute Investition ist eine Investition, die sich lohnt: Und welche Investition würde sich mehr lohnen als eine in die Jugend Europas?

***Guntram B. Wolff***

Leiter von Bruegel

***Monika Grzegorzcyk***

Wissenschaftliche Mitarbeiterin

[monika.grzegorzcyk@bruegel.org](mailto:monika.grzegorzcyk@bruegel.org)

## **REGENERATION - EU: DAS "FÜNF-KARTOFFEL"-PRINZIP**

Meine Großmutter hat mir beigebracht, wie ich mit meinen Ressourcen umzugehen habe, basierend auf dem, was sie von ihrer Großmutter gelernt hat. Wenn du fünf Kartoffeln übrig hast: Drei kann man essen, eine für schlechtere Zeiten aufbewahren und eine für das nächste Jahr zum Anpflanzen aufheben.

Die EU hat mehr verbraucht, als es das Verhältnis zulassen würde, egal ob es sich um natürliche oder menschliche Ressourcen handelt. Der COVID-19 und die dadurch ausgelöste Wirtschaftskrise haben die Wirtschaft und die Gesellschaft, einschließlich der Jugend, getroffen. Schulen wurden geschlossen, die Welt hat sich digitalisiert, und unsere ländlichen und weniger wohlhabenden Gemeinden wurden "vom Netz genommen". Isolation und

Einsamkeit nähren die Angst. Es wurde überdeutlich: Wir haben es versäumt, eine Kartoffel für das nächste Jahr zu sparen und eine für schlechtere Zeiten aufzubewahren.

Wir stehen am Scheideweg, wir können: (i) das bisherige Verhalten fortsetzen; (ii) die Dinge anders angehen, um das Wohlergehen aller zu gewährleisten; oder (iii) einen Teil der Gesellschaft ausschließen: das Wohlergehen einiger weniger aufrechterhalten und andere zurücklassen. Die meisten EU-Mitgliedstaaten und die etablierten Parteien haben sich für das zweite Szenario entschieden, auch wenn sie oft auf die erste Option zurückgreifen und damit die Chancen für den Übergang schmälern. Die Populisten hingegen plädieren für das dritte Szenario - auf Kosten der europäischen Werte. Die Kosten eines Scheiterns sind zu hoch. Wir dürfen nicht zulassen, dass die dunklen Schatten des zwanzigsten Jahrhunderts zurückkehren. Der MFR und das NGEU können die Saat für die Regeneration der Ressourcen für unsere nächste Generation sein. Eine Saat. Nicht mehr, denn selbst wenn das NGEU einige Jahre lang einen Überschuss aufweist, macht der MFR immer noch nur 1 % des BIP der EU aus. Ganz zu schweigen vom Jahr 2058. Das Jahr, in dem unsere Kinder unsere Schulden abbezahlen werden, weil wir mehr als drei unserer Kartoffeln in aufeinanderfolgenden Jahrzehnten verzehrt haben. All dies im Zeitalter von VUCA (Volatilität, Unsicherheit, Komplexität und Mehrdeutigkeit), in dem die nächste "schlimme Zeit" jeden Moment kommen kann, sei es eine tödliche Pandemie, eine Finanzkrise, wetterbedingte Migration oder die Überflutung von Küstengebieten. Der MFR und das NGEU sind unsere Kartoffel für die schlechtere Zeit und für das nächste Jahr.

Der Wert unserer Plantage wird nicht nur von den Wählern beurteilt. Es ist die Wahrnehmung ihrer Kinder und ihrer noch nicht geborenen Enkelkinder. Der MFR-NGEU ist ein New Deal, der die Kurzfristigkeit der vier- bis fünfjährigen Wahlzyklen ersetzen soll. Es liegt an der Führung der jetzigen Generation, die sich von den künftigen Generationen etwas leiht, um eine Trendwende herbeiführen zu können. Sie muss auch in den nächsten Jahrzehnten ein starker Kompass sein: Wir müssen unser Versprechen einlösen und die erwirtschafteten Ressourcen nutzen, um neue Möglichkeiten zu schaffen, indem wir unser Verhalten zum Wohle des Planeten und des Klimas ändern, Reserven aufbauen, damit unsere Volkswirtschaften widerstandsfähig sind und die Zusammenarbeit mit unseren Partnern nicht einfach von Abhängigkeiten bestimmt wird, sondern eine Entscheidung ist, die wir treffen, und indem wir investieren und uns an die veränderte wirtschaftliche Realität anpassen, indem wir unsere Arbeitskräfte so vorbereiten, dass das europäische Wohlfahrtsmodell für die Zukunft gesichert ist. Es ist eine Verpflichtung, die Grundwerte der EU langfristig zu sichern. Der doppelte Übergang erfordert viele kapitalintensive Investitionen in neue Technologien, aber auch die menschlichen Reserven müssen gepflegt werden. Andernfalls werden wir unsere Plantage anbauen, aber nur einige wenige werden ihre Früchte verzehren. Die soziale und räumliche Kluft sowie die Kluft zwischen den Interessengruppen auf dem Arbeitsmarkt nehmen zu. Es bedarf einer massiven Umschulung, um den doppelten Übergang zu bewältigen, und organisatorischer Schutzmaßnahmen, um die Bürger zu motivieren, sich



einzubringen. Das Porto Social Commitment ist der Weg, unsere Goldreserve zu stärken: unsere Menschen.

Da andere Regionen/Länder mit denselben Herausforderungen konfrontiert sind und diese auch bewältigen, werden nicht die wohlklingenden Ziele, sondern die tatsächliche Umsetzung den entscheidenden Wettbewerbsvorteil darstellen. Dies erfordert Sicherheitsvorkehrungen und Kontrollen, damit die Pläne auch umgesetzt und nicht vorzeitig aufgezehrt werden. Die RoL-Konditionalität mit der Kontrolle des EP und der institutionellen Aufsicht kann den (umweltfreundlichen) Dünger für unsere Kartoffeln liefern, die in den Boden unserer Wissensbasis gepflanzt, von unserem wettbewerbsfähigen Talentpool und unserer Führung kultiviert werden und unter der Sonne der europäischen Werte und der Konsensbildung erblühen und von unseren Bürgern geerntet werden.

***Edit Herczog***

S&D, Ungarn (2004-2014)

[mrs.edit.herczog@gmail.com](mailto:mrs.edit.herczog@gmail.com)

## **DAS NETZ, DAS UNS AUFFÄNGT – DAS MEINE ZUKUNFT IST**

Frau Kage,

Sie sind Diplombiologin und Philosophin, Künstlerin, Unternehmerin, Mikrofotografin und Forscherin im Bereich der Biologie sowie ehrenamtlich in verschiedenen Bereichen des Natur und Umweltschutzes tätig.

**Wie sehen Sie Ihre Zukunft als Teil der nachfolgenden Generation unter dem Eindruck des uns alle betreffenden Covid 19-Geschehens?**

Das Coronavirus lehrt uns, die Welt und vor allem die Natur mit neuen Augen zu sehen.

**Das Virus gefährdet unsere Gesundheit und viele Existenzen. Sie sind jung, bauen aber unbeirrt weiter an dem Lebenswerk Ihres Vaters.**

Jetzt erst recht:

Die fantastischen Netzwerke der Natur sind bis ins aller kleinste mikroskopische Leben hinein enorm komplex – dadurch aber auch widerstandsfähig – und entsprechend spannend zu analysieren, um ihre Wirkung zu erkennen. Mein Vater widmete sein Lebenswerk der Suche nach dem, was die Welt im Innersten zusammenhält. Er setzte sich zum Ziel, die Komplexität,

Schönheit und Sensibilität der Natur mittels der Mikrofotografie und seiner speziellen „Science Art“ derart eindrücklich zu visualisieren, so dass er sie jedem Menschen greifbar nahe bringen kann.

Die Mikrofotografie kann ermöglichen, auch für das menschliche Auge unsichtbare Mechanismen der Natur in Verbindung mit unseren kulturellen Identitäten, heißt der Art und Weise, wie wir leben, in neuartiger und überraschender Weise verständlich, erfahrbar und begreifbar zu machen.

**Natur ist kein Supermarktprodukt! Sondern ein unverzichtbares Teil um uns herum und in uns. Also lebensnotwendig?**

Alles, was wir heute um uns herum sehen, ist einst aus einem unvorstellbar winzigen mikroskopischen Punkt heraus entstanden! Allein diese Erkenntnis lässt einen immer wieder staunend zurück und nährt zugleich den Entdeckergeist. Die mikroskopisch kleinen Sauerstoffproduzenten, die Wasserfiltrierer und die kleinsten Stufen unserer Nahrungsnetze u.v.m. bilden mit einem enormen Ideenreichtum und einer fantastischen Ästhetik die für uns Menschen heute überlebenswichtige Grundstruktur unseres Planeten und halten das große übergreifende Netz für alles Lebendige intakt.

Diese Zusammenhänge machen unmissverständlich klar, dass wir vorausschauender auf die Natur achten, sie besser verstehen, ihr konsequent Freiräume geben und uns Menschen zugleich selbst zurücknehmen müssen - hiervon wird unser aller Überleben abhängen. Eine intakte Artenvielfalt in vom Menschen verstandenen, aber unberührten Biotopen sind der Garant für unser Fortbestehen.

**Das klingt sehr philosophisch und abstrakt!**

Ganz praktisch und alltagstauglich ausgedrückt:

So wie bisher geht's nicht weiter. Unweigerlich werden auf einem veränderten Weg in unsere neue gemeinsame Zukunft Verzicht und die Konzentration auf das Wesentliche der Hauptschlüssel sein. Zur erfolgreichen Umsetzung zählen dann: Umsicht, Anstand und Respekt, aber auch Courage, Demut und Mut, Weitsicht und Zuversicht! Sowie Klimaschutz, solidarischer stetiger Wissenserwerb und Nahrungsmittelsicherheit. Alles nicht neu. Es muss aber endlich praktiziert werden!

Nicht nur die Politik, sondern vermehrt die unprätentiöse Wissenschaft war und ist gefragt zur Bekämpfung des neuen Virus und seiner Mutanten. Der Ursprung ist noch nicht gänzlich geklärt. Wir müssen dennoch vorangehen.

Ich bin der festen Überzeugung: Wir werden es gemeinsam schaffen, mit den aktuellen und auch folgenden Herausforderungen umzugehen und mit unserer eigenen Weiterentwicklung die richtigen Lösungen für vielfältige Aufgabenstellungen und Problematiken zu finden.

Vergessen wir dabei niemals:

Unser Leben auf diesem Planeten, in Europa, in diesem Land, in dieser Demokratie ist ein wertvolles und nicht als selbstverständlich hinzunehmendes Geschenk.

Genießen wir unsere fantastische Entdeckungsreise und packen wir alle unsere Zukunft mit einer großen Neugier und Wissbegierde, mit Ideenreichtum, Mut und Entschlossenheit an!

Ich halte mich dabei an William Shakespeare: „Nichts hält die wahre Hoffnung auf!“

Ich fühle mich ihr verpflichtet.

***Ninja-Nadine Kage***

[www.kage-mikrofotografie.de](http://www.kage-mikrofotografie.de)

[www.schlossweissenstein.de](http://www.schlossweissenstein.de)

Interviewpartnerin von ***Brigitte Langenhagen***

PPE-ED, Detuschland (1990-2004)

[brigitte-langenhagen-cux@t-online.de](mailto:brigitte-langenhagen-cux@t-online.de)

## **DIE EUROPÄISCHE UNION IN DEN AUGEN JUNGER MENSCHEN**

Seit den Europawahlen 2019 haben junge Europäer in der Europäischen Union an Bedeutung gewonnen, da sie der Generation angehören, der sich am meisten für „mehr Europa“ ausgesprochen hat, deren Wahlbeteiligung stärker als andere angestiegen ist und die zugleich am meisten unter den wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Pandemie leidet, da die Jugendarbeitslosigkeit zugenommen hat. Aus diesen Gründen hat die Europäische Union die junge Generation in den Mittelpunkt ihrer Politik gestellt, indem sie sogar den Fonds für den EU-Aufbauplan „Next Generation EU“ getauft hat, da die jüngste Generation am meisten von diesen Mitteln profitieren, aber auch dafür verantwortlich sein wird, sie anschließend wieder zurückzahlen. Wie halten die jungen Menschen der „Generation Erasmus“ jedoch von der EU? Was ist ihre Rolle bei der Konferenz zur Zukunft Europas?

Mit der „Generation Erasmus“ der 16- bis 35-Jährigen bezeichnet man Menschen, die geboren wurden, als es das Programm Erasmus+ schon gab, das nächstes Jahr seinen

35. Geburtstag feiern wird, und zwar innerhalb des Schengen-Raums, innerhalb der Europäischen Union und in einigen Fällen sogar innerhalb des Euro-Währungsgebiets. Es sind genau diese Umstände und Erfahrungen, weshalb junge Menschen dieser Generation die Europäische Union als selbstverständlich betrachten, ohne zu wissen, wie die Realität ohne Europäische Union aussehen würde, und ohne sich dessen bewusst zu werden, dass jeder Aspekt ihres Alltags von Gemeinschaftsaspekten geprägt ist, angefangen vom Geld, mit dem sie ihren Kaffee bezahlen, über den Lehrplan nach den Regeln des Bologna-Prozesses und die örtliche U-Bahn-Infrastruktur bis hin zum Recycling-System.

All dies ermöglicht es diesen jungen Menschen, einen anderen Blickwinkel auf den Prozess der europäischen Integration zu haben, in vielen Fällen mit einer positiveren Einstellung gegenüber der Europäischen Union und der Übertragung weiterer Befugnisse an sie, wie die Beteiligung an den Europawahlen gezeigt hat, da sich bei jungen Menschen, die zum ersten Mal zur Wahlurne gingen, die Wahlbeteiligung um 30 % erhöht hat.

Ebenso ist diese Generation, insbesondere junge Menschen im Alter von 16 bis 25 Jahren, in den Eurobarometern viel aufgeschlossener gegenüber einer stärkeren europäischen Integration, der Übertragung von Befugnisse auf die EU-Organen unter anderem in den Bereichen Klima, Soziales, Migration, Wirtschaft, damit weitere Fortschritte in der Europäischen Union erzielt werden können. Wir müssen daher begreifen, dass es so etwas wie ein Jugendthema nicht gibt, dass junge Menschen sich nicht darauf beschränken sollten, mit anderen jungen Menschen über Jugendarbeitslosigkeit oder den Klimawandel zu diskutieren, sondern dass sie in der Lage sein sollten, zu allen Themen einen Beitrag zu leisten und die Jugendperspektive einzubeziehen, um der Debatte einen neuen Schwung zu verleihen.

Aus diesem Grund hat die Europäische Kommission wohl dem neuen Aufbaufonds den Namen „Next Generation EU“ gegeben, mit dem eine widerstandsfähigere sowie stärker nachhaltige und digitale Europäische Union geschaffen werden soll sowie die Jugendarbeitslosigkeit bekämpft und den Forderungen der jüngeren Generation nach wirksamen Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und einem besseren Schutz der Nutzer digitaler Anwendungen, die gerade für junge Menschen von heute zu einer Selbstverständlichkeit geworden sind, Rechnung getragen wird.

Die jungen Europäer sind daher von grundlegender Bedeutung für den Aufbau Europas, und sie müssen auch von grundlegender Bedeutung für die Konferenz über die Zukunft Europas sein, was jedoch ungeachtet der Eröffnungsrede der Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, in der sie von einer starken Beteiligung der jungen Menschen an der Konferenz spricht, nicht der Fall ist. Auf der Konferenz über die Zukunft Europas wird man berücksichtigen müssen, dass es eine Reihe gemeinsamer Herausforderungen gibt, wie zum Beispiel die Jugendarbeitslosigkeit und den Klimawandel,

die junge Menschen in dieser Altersgruppe betreffen und nicht nur jene, die jünger als 25 Jahre alt sind. Daher ist es wichtig, dass auf der Konferenz junge Menschen im Alter von 25 bis 30 Jahren zu Wort kommen, deren Stimme ansonsten nicht gehört wird.

***Guiomar Gutiérrez Pascual***

Jugendsekretärin im spanischen Föderationsrat der europäischen Bewegung

[guio.pascual@movimientoeuropeo.org](mailto:guio.pascual@movimientoeuropeo.org)

**WARUM SIE DIE ANLIEGEN DER JUNGEN MENSCHEN WÄHREND DER KONFERENZ  
ERNSTNEHMEN MÜSSEN**

Die Konferenz zur Zukunft Europas lädt alle Bürgerinnen und Bürger in ganz Europa ein, gemeinsam über die Zukunft Europas zu beraten. Für Föderalisten und andere, die den Status quo ändern wollen, bietet die Konferenz eine günstige Gelegenheit. Der Jugend wird im Rahmen der Konferenz eine besondere Rolle zuteil: Nicht nur hat einen der Plenarsitze der Konferenz die Präsidentin des Europäischen Jugendforums inne, nicht nur soll mindestens ein Drittel der Vertreter der europäischen und nationalen Bürgerforen jünger als 25 Jahre sein, nein, zu alledem erhalten europäische Jugendverbände für die Durchführung von Projekten zu der Konferenz finanzielle Unterstützung vom Europäischen Parlament.

Die besondere Rolle, die der Jugend zuteilwird, ist ein gutes Zeichen: Die Konferenz befasst sich mit Themen, die uns länger betreffen als alle anderen Generationen.

Seit dem Brexit-Referendum im Jahr 2016 sind Stimmen lauter geworden, wonach die junge Generation die EU womöglich für selbstverständlich hält. Es heißt, junge Menschen seien mit der Europäischen Union groß geworden und wüssten nicht alle Rechte, die sie bietet, wie Frieden, Demokratie, Freizügigkeit oder sehr praktische Vorteile wie die Abschaffung der Roaming-Gebühren im Jahr 2017, zu schätzen. Obwohl darin vielleicht ein Körnchen Wahrheit steckt, haben wir im Rahmen unserer Tätigkeiten für die JEF die Erfahrung gemacht, dass Krisenjahre wie 2016 und 2020 junge Menschen aufrütteln und dazu bewegen, an Tätigkeiten wie den von uns durchgeführten teilzunehmen. Es hat den Anschein, als wären Mitglieder, die in diesen Jahren beitreten, besonders motiviert, sich in unseren unparteiischen Jugendverband einzubringen.

Darüber hinaus hat die Eurobarometer-Umfrage Nr. 500 vom Oktober 2020 ergeben, dass die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in der EU der Aussage zustimmt, dass die EU den jungen Menschen in Europa Zukunftsperspektiven bietet. Die Begriffe „Zukunft“ und „Jugend“ können eindeutig nicht getrennt voneinander gedacht werden. Daraus ergibt sich für die Konferenz zweierlei: Erstens braucht es eine geeignete Kampagne zur Bewerbung der

Konferenz, getragen von unterschiedlichen Interessenträgern, um zu einer breiten Beteiligung von jungen Menschen an der Konferenz beizutragen. Zweitens sollte die Konferenz nicht noch eine weitere Anhörung, sondern tatsächlich eine echte und sinnvolle Debatte sein, in der alle Seiten zu Wort kommen.

Junge Menschen sind eine sehr heterogene Gruppe mit unterschiedlichen Lebensrealitäten und Bedürfnissen – und werden sicherlich ihren Teil zur politischen Debatte beitragen. In meiner Tätigkeit als Aktivistin habe ich jedoch festgestellt, dass sich jüngere Generationen neben ihrer nationalen, regionalen, lokalen usw. Identität auch eher zu ihrer europäischen Identität bekennen. Während in akademischen Kreisen noch darüber beraten wird, wie ein europäischer öffentlicher Raum geschaffen werden kann, zelebrieren junge Menschen ihre europäische Identität in Online-Räumen wie Instagram oder TikTok: „Europeans will always party on these songs“ (Bei diesen Liedern gehen Europäer immer ab) oder „EU citizens be like“ (EU-Bürger voll so) sind nur zwei der wiederkehrenden Motive in den Videos, mit denen sich die europäischen Nutzer i.d.R. von Nutzern außerhalb Europas abgrenzen und zu einer Gemeinschaft „europäischer“ Autoren von Medieninhalten verschmelzen. Darüber hinaus ist das Internet Schauplatz eines regen Austauschs über Sprachgrenzen hinweg über europäische Kulturereignisse wie den Eurovision Song Contest oder die Fußball-Europameisterschaft der Männer.

Sich als Europäer zu fühlen, bedeutet nicht zwingend, die Funktionsweise der EU gutzuheißen. Verrät die EU in einem konkreten Bereich der Politik die eigenen Werte oder kommt sie nicht voran, können sich Verwirrung und Enttäuschung breitmachen. Ob es nun die komplexen Abläufe, die unzureichende Hintergrundberichterstattung oder die gegenseitigen Schuldzuweisungen sind, die auf die breite Bevölkerung übergeschwappt sind – ihnen allen ist eines gemein: Sie stiften Verwirrung und erwecken den Eindruck von Doppelmoral und Heuchelei. Dies hängt – bedauerlicherweise – in erster Linie mit dem Beschlussfassungsverfahren der EU zusammen, in dessen Rahmen beispielsweise bestimmte Mitgliedstaaten konkrete (z. B. asyl-) politische Maßnahmen blockieren können. Die wiederholten Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit in der EU sind ein weiteres viel genanntes Beispiel dafür, warum sich so manch einer die Frage stellt: „Warum tut die EU nichts dagegen?“ Die Wahrheit – dass sich bestimmte Organe und Einrichtungen der EU mehr und wieder andere weniger für die Rechtsstaatlichkeit einsetzen – ist höchst komplex, daher schwer nachvollziehbar und weckt nicht die Hoffnung, dass sich die Dinge bald zum Besseren ändern werden. In diesem Fall ist es schwierig, gegenüber der Familie und Freunden für die EU einzutreten und sie zu verteidigen und Familie und Freunde von ihr zu überzeugen.

Die Konferenz zur Zukunft Europas kommt daher zu einem opportunen Zeitpunkt: Sie bietet Ihnen die Gelegenheit, Ihre Wählerinnen und Wähler zur Teilnahme an der Konferenz aufzurufen und ihnen vor Augen zu führen, dass wir Europa dahin gehend verändern können,

dass es die Herausforderungen, vor denen es steht, tatsächlich bewältigen kann – und dass die Wählerinnen und Wähler mit mehr Zuversicht in ihre Zukunft in der EU blicken können.

***Von Leonie Martin***

Präsidentin der Jungen Europäischen Föderalisten (JEF)

[www.jef.eu/cofoe](http://www.jef.eu/cofoe)

[leonie.martin@jef.eu](mailto:leonie.martin@jef.eu)